Freitag, 15. Dezember 1922. **Einzelnummer 60 Mark.** 61. Jahrgang. Nr. 283.

Bezugspreis monatlich M
in der Geschäftsstelle 1000.—
in den Ausgabestellen 1100.—
durch Zeitungsboten 1200.—
am Postamt .. 1320.—
ins Ausland 600 deutsche M.

Fernsprecher: 2273, 3110
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ..... 60.— M. Reklameteil . 180.— M.
Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 20.— d. M. „ „ Reklameteil 60.— d. M.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung. Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Beziehungen Deutschlands zur Entente.

Die Beziehungen Deutschlands zur Entente treiben wieder einmal einer Krise zu, wenn sie sich nicht schon mitten darin befinden. Ende dieses Jahres läuft das kurze Moratorium ab, das man Deutschland gewährt hat, nachdem Frankreich sich mit der größten Entschiedenheit gegen einen längeren Zahlungsaufschub gewehrt hatte. Es fragt sich, was jetzt geschehen wird. Formell liegt die Entscheidung in den Händen der Reparationskommission, die nach Art. 233 und 234 des Versailler Vertrages nach dieser Richtung die umfassendsten Befugnisse besitzt. Sie kann die Zahlung jeder Restsumme des Gesamtbetrages nach Gutdünken auf spätere Jahre verschieben, auch die Form der Zahlungen ändern; „ja sie darf, allerdings nur mit besonderer Ermächtigung der in ihr vertretenen Regierungen, Zahlungen ganz erlassen.“ Es ist aber selbstverständlich, daß auch ein bloßes Moratorium nur mit Zustimmung der Regierungen von der Kommission beschlossen werden wird, wie es überhaupt unrichtig ist, zwischen den Regierungen und der Reparationskommission einen mehr als formellen Unterschied zu machen. Die Reparationskommission ist lediglich ein Vollzugsorgan der Regierungen, das nach deren Anweisungen zu handeln hat und tatsächlich handelt.

Es ist klar, daß Frankreich auch jetzt wieder eine Verlängerung des Moratoriums zu hintertreiben sucht. Es gibt sich die erdenklichste Mühe, Deutschlands schlechten Willen hinsichtlich der Erfüllung der Verpflichtungen des Versailler Vertrages festzustellen. Auf diese Weise hofft man nicht nur die Bemühungen auf Gewährung eines neuen Moratoriums zum Scheitern zu bringen, sondern vor allem auch die Voraussetzungen für den § 18 der Anlage 2 zum Titel über die Wiedergutmachungen zu schaffen und Frankreich endlich die Gelegenheit zu geben, in das Ruhrgebiet einzurücken und das Rheinland vom Deutschen Reiche loszulösen. Auf dem Gebiete der militärischen Abrüstung, der Holz- und Kohlenlieferungen werden Deutschland Säumnisse zum Vorwurf gemacht, die natürlich auf bösem Willen beruhen sollten. Man könnte wohl ausrufen: das also ist der Dank für die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth!

Daß Deutschland in Bezug auf die Abrüstung seine Verpflichtungen erfüllt hat, hat kein anderer als der britische Ententegenosse Frankreichs wiederholt anerkannt. Wenn aber hinsichtlich der Lieferungsverpflichtungen ein Verzug eingetreten ist, so beruht er lediglich auf der absoluten Unmöglichkeit der Erfüllung der unerhörten Verpflichtungen des Versailler Diktates. Das letztere hebt an verschiedenen Stellen besonders hervor, daß Deutschland nur „nach Maßgabe seiner Hilfsmittel und seiner Leistungsfähigkeit“ wieder gut machen solle. Demnach entspricht der Standpunkt „erst Brot, dann Reparationen“ nicht nur den allgemeinen Menschen- und Völkerrechten, sondern auch der ausdrücklichen Fassung des Vertrages. Der Wunsch des Herrn Poincaré und des hinter ihm stehenden Nationalismus und Imperialismus, Deutschland vollkommen zu vernichten, findet seine Grenze an dem Rechte Deutschlands, zu leben. Deshalb darf Deutschland, gestützt auf den Vertrag von Versailles und das allgemeine Völkerrecht mit aller Entschiedenheit den Vorwürfen bezüglich seiner Säumnis in der Erfüllung der Lieferungen entgegensetzen; die weitere Erfüllung war überhaupt nicht möglich, und die Nichterfüllung kann Deutschland nicht zu irgend einem Verschulden angerechnet werden.

Dasselbe gilt auch von den Vorwürfen, daß Deutschland das ihm gewährte Moratorium nicht zu einer Sanierung seiner Finanzlage, insbesondere zur Stabilisierung der Mark verwandt hätte. Ein solcher Vorwurf kann nur von böswilliger Seite erhoben werden. Kein wirklich Sachverständiger kann erwarten, daß die total verfahrene Finanzlage Deutschlands durch ein Moratorium von wenig Monaten auch nur auf den Anfang des Weges einer Besserung gebracht werden kann. Dazu bedarf es eines Zahlungsaufschubs von Jahren, wie ihn englische und amerikanische Finanzleute und Nationalökonomen fordern, wenn nicht überhaupt ein sehr erheblicher Erlaß eines Teiles der Reparationslasten die unbedingte Voraussetzung für eine Besserung der Finanzlage Deutschlands sein muß.

Man kann wohl sagen, daß die Ententemächte gegenwärtig sich in einem Zustand völliger Ratlosigkeit befinden. Das gilt ebenso für die weitere Entwicklung des Reparationsproblems, wie für die übrigen brennenden weltpolitischen Fragen, derjenigen der Verhältnisse des nahen wie des fernen Ostens, der allgemeinen Abrüstung usw. Insbesondere der imperialistische und unnachgiebige Standpunkt Frankreichs läßt jede Hoffnung auf eine baldige Behandlung dieser Probleme von allgemeinen Gesichtspunkten aus zu Schanden werden. Heute sind die Lebensinteressen aller Kulturvölker viel zu eng miteinander verschmolzen, als daß es möglich wäre, daß ein Volk besonders wenn es an sich nicht stärker ist als das französische, ohne Nachteil für seine eigene und die ganze Weltwirtschaft, die anderen Völker unter sein politisches und wirtschaftliches Joch zwingen könnte. Deshalb wird Frankreich seinen starren Standpunkt aufgeben und endlich in eine gründliche Revision der ganzen Reparationsverpflichtungen einwilligen müssen, wenn es nicht sich selbst in den Abgrund mit herabziehen will, in den es, wie es scheint, gar zu gern Deutschland herabschleudern möchte.

Die Lage in Polen.

Narutowicz über die Regierungsbildung.

Der neue Staatspräsident Narutowicz hat nach einer Warschauer Meldung des „Głos Pomorski“ der Abordnung des „Wyzwolenie“ erklärt, er werde wahrscheinlich eine nicht parlamentarische Regierung schaffen, da für eine parlamentarische Regierung keine Grundlagen vorhanden sind. Die Demission des Kabinetts Nowak werde er rein formell annehmen, ihm jedoch vorderhand die Weiterführung der Geschäfte übertragen. Zwei Veränderungen werden voraussichtlich innerhalb des Kabinetts eintreten, im Außenministerium und im Innenministerium.

Ein Rat zum Schutz der Republik.

Aus Warschau wird berichtet, daß die Abgeordneten der Linken in einer langen Besprechung am Montag den festen Plan gefaßt haben, nach russischem Muster einen „Rat zum Schutze der Republik“ zu schaffen.

Ein Zeitungsverbot als Folge der Warschauer Montagsvorgänge.

Die Mittwochnummer der Warschauer „Gazeta Poranna“ wurde wegen eines Leitaufsatzes unter der Überschrift „Blutdurst“ beschlagnahmt.

Ein Zweikampf als Nachklang der Montagsvorgänge

Wie die „Gazeta Warszawska“ meldet, hat am Mittwoch ein Pistolenduell zwischen dem Senator Żubowicz und dem Parlamentsberichterstatter der genannten Zeitung stattgefunden. Das Duell hing mit den Vorgängen am Montag zusammen. Der Zweikampf verlief unblutig.

Die Teilnahme der Schuljugend an den Straßenkundgebungen.

Am Dienstag fand zwischen dem Vizeminister Łopuszański und einer Abordnung von Lehrern höherer Staatsschulen eine Besprechung statt über die Teilnahme der Schuljugend an den Straßenkundgebungen. Die Vertreter der Lehrerschaft erklärten, daß das gute Herz und die Vaterlandsliebe der Jugend von gewissen politischen Gruppen in sträflicher Weise mißbraucht worden seien. Der Vizeminister teilte den Lehrern mit, daß der Unterrichtsminister angeordnet habe, daß in den Schulen deren Zöglinge sich am stärksten an den Straßenkundgebungen beteiligt hätten, eine strenge Untersuchung angestellt würde. Diese Untersuchung hat schon in drei Gymnasien und in der Eisenbahnschule stattgefunden. Die Schuldigen werden zur Verantwortung gezogen werden. Der Vizeminister erklärte, er habe keine Worte zur Verurteilung derjenigen, die die Jugend in Parteikämpfe hineinziehen.

Ein Aufruf der Hochschulrektoren.

Die Rektoren der Warschauer Hochschulen wenden sich in einem Aufruf an die Studentenschaft und fordern sie auf, sich aller mit der Würde eines akademischen Bürgers nicht vereinbaren Handlungen zu enthalten.

Ein geheimnisvoller Aufruf.

Die „Gazeta Warszawska“ meldet unter der Überschrift „Provokation“: In Warschau sei ein Aufruf an die Jugend verbreitet worden, durch den sie aufgefordert wird, am Donnerstag auf den Straßen der Stadt zu demonstrieren. Die nationalen Organisationen erklären, daß sie mit diesem Aufruf nichts zu tun haben, und warnen die Jugend vor Unbedachtsamkeiten.

Der Aeltestenausschuß des Sejm.

Am Mittwoch nachmittag berief Sejmmarschall Rataj den Ältestenausschuß zum Zweck der Verteilung der Plätze im Sejm. Auf Antrag des Abgeordneten Moraczewski wurde Vertagung dieser Angelegenheit zum Zweck der Vornahme einiger Änderungen im Entwurf beschlossen. Im Zusammenhang mit den Vorgängen am 11. Dezember erklärte der Sejmmarschall: Der Sejm wird sich an das Innenministerium wenden, damit eine Verordnung erlassen wird, durch die Menschenansammlungen in der Umgegend des Sejmgebäudes verboten werden und Polizeibeamte, durch deren Nachlässigkeit oder bösen Willen Sejmabgeordneten oder Senatoren das Betreten des Sejmgebäudes unmöglich gemacht wird, zur Verantwortung gezogen werden. Was die Donnerstag-Sitzung des Sejm anlangt, so teilte der Marschall mit, daß diese Sitzung formellen Charakter tragen werde. In dieser Sitzung wird sich der Sejm nach der Diskussion über die eingebrachten Gesetzentwürfe auf den 28. d. M. vertagen. An diesem Tage wird der Sejm den Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof und das Haushaltsprovisorium für das erste Vierteljahr des Jahres 1923 erörtern. Gegebenenfalls wird auch der neue Ministerpräsident die Regierungserklärung abgeben.

Die Funktionen des Außenministers

hat nach einer Meldung des „Przegląd Poranny“ Ministerpräsident Nowak übernommen.

Der Handelsverkehr zwischen Polen und den Baltenstaaten.

In Riga fand eine Konferenz polnischer Konsuln der Ostseestaaten statt, in der bestimmte Beschlüsse bezüglich des Handelsverkehrs zwischen Polen und den Baltenstaaten gefaßt worden sind. Auf Grund dieser Beschlüsse wird das Außenministerium eine entsprechende Verfügung erlassen.

Der Hafenbau in Gdingen.

Die Nachbewilligung eines Regierungskredits von 60 Millionen Mark für den Hafenbau in Gdingen hat ermöglicht, daß am vergangenen Montag die Steinbrüche in Miechucino bei Kathaus in Betrieb gesetzt werden und 200 Arbeitslose dadurch Beschäftigung finden konnten.

Eine Marineoffiziersschule in Thorn.

Durch Verordnung des Kriegsministers wird in Thorn eine Schule zur Ausbildung von Marineoffizieren gegründet.

Verbot der Ausfuhr von Rohpetroleum?

Der „Przegląd Wieczorny“ meldet, daß die Regierung angesichts der geringen Vorräte an Rohpetroleum sich mit der Absicht trägt, ein Verbot für die Ausfuhr dieses Artikels herauszugeben. Ein vom Ministerium für Handel und Industrie ausgearbeiteter Entwurf ist an die interessierten Wirtschaftsorganisationen zur Meinungsäußerung verschickt worden.

Gegen die nichtkonzessionierten Versicherungsgesellschaften.

Das Außenministerium hat an die Provinzialbehörden ein Rundschreiben abgehen lassen, in dem er den Auftrag gibt, zu verbieten, daß nicht konzessionierte Versicherungsgesellschaften auf polnischem Gebiete Versicherungsverträge abschließen. Das Rundschreiben ist gegen die Auslandsagenten von Versicherungsanstalten gerichtet, die in Polen keine Konzessionen besitzen.

Wojewodschaft Schlesien.

Die katholische Kirchenverwaltung in Teschen-Schlesien.

Ein Sondertelegramm des „Kurjer Poznański“ meldet: Das Teschen-schlesische Gebiet ist der oberschlesischen Kirchenverwaltung nicht unterstellt worden. Die Bemühungen in dieser Richtung sind vergeblich gewesen. Die Deutschen machen die Lostrennung Teschen-Schlesiens von der bischöflichen Verwaltung in Breslau von der Rückgabe des sich in Großpolen befindenden Gutes des Kardinals Bertram abhängig.

Einführung des päpstlichen Visitators für Oberschlesien.

Am Sonntag, dem 17. d. Mts., findet in Kattowitz die feierliche Einführung des päpstlichen Visitators in Oberschlesien, Dr. Hlond, statt. Der Ministerrat hat beschlossen, den Kultusminister Kumaniecki zu dieser Feierlichkeit zu entsenden.

Aus der polnischen Presse.

Die nationalen Minderheiten und die Wahl des Staatspräsidenten. Der Warschauer „Nasz Kurjer“ schreibt: „Von den fünf Kandidaturen, die in der Nationalversammlung aufgestellt wurden, ist nur die von der Wyzwolenie-Gruppe aufgestellte des Herrn Narutowicz siegreich hervorgegangen. Sie hat in dem letzten und entscheidenden Wahlgang sämtliche Stimmen der Minderheiten und der Linken mit Einschluß der Piasten auf sich vereinigt, von denen es bis zum fünften Wahlgang noch ungewiß war ob sie sich nach dem Fiasko, das sie mit ihrer eigenen Kandidatur (Wojciechowski) erlitten hatten, in geschlossener Front der Kandidatur der vereinigten Rechten widersetzen würden. Vom ersten Augenblick an war es klar, daß sich der Kampf um die von der Wyzwolenie-Gruppe, den Piasten und der Chjena aufgestellten Kandidaturen abspielen werde. Die nationalen Minderheiten hatten ihre eigene Kandidatur des Professors Baudouin de Courtenay nur in demonstrativer Absicht angemeldet, und schon im zweiten Wahlgang fanden sie sich auf der Hauptkampffront. Vor ihnen stand die Wahl: Narutowicz oder Wojciechowski. (Es ist klar, daß für die nationalen Minderheiten die Kandidatur des Grafen Zamojski (Chjena) auch nicht einen Augenblick in Frage kommen konnte.) Obgleich es nicht an Versuchen der Piasten fehlte, und trotzdem die Führer der P. P. S. wiederholt versuchten, die Minderheiten über die Aussichten der Kandidatur Narutowicz falsch zu orientieren — sie waren offenbar selbst im Unklaren über Witos' Absichten —, blieben die nationalen Minderheiten einmütig bei der Kandidatur Narutowicz. Auf diesen Mann haben sie denn auch ihre Stimmen vereinigt und das Zünglein an der Wage nach der Richtung hin beeinflußt, nach der es sich auch bei der ersten Präsidentschaft geneigt hatte. (Es ist alles schon dagewesen, — sagt Ben Akiba.) Bei der Aufstellung der Kandidaturen Wojciechowski und Narutowicz rechneten sowohl die Piasten als auch die Wyzwolenie-Gruppe hauptsächlich damit, daß es diesen Kandidaten gelingen werde, schon bei den nächsten Gruppierungen der Rechten und der Linken festen Fuß zu fassen. Von vornherein wurde daher auf bekanntere Spitzenmänner verzichtet, die die betreffenden Parteien als die „geeignetsten Leute an der geeigneten Stelle“ betrachten. So faßten auch die nationalen Minderheiten diese beiden Kandidaturen auf, zwischen denen sie zu wählen hatten. Sie waren sich durchaus dessen bewußt, daß weder Narutowicz noch Wojciechowski diese hervorragende Individualität besitzen, die man bei dem obersten Beamten des Staates nicht gern missen möchte. Doch wenn die Würfel schon gefallen waren, daß zwischen diesen beiden zu wählen war, konnte die Entscheidung der nationalen Minderheiten nicht anders ausfallen, wie sie ausgefallen ist. — Von Herrn Wojciechowski kann man nicht sagen, daß er angesichts seiner Vergangenheit und besonders bei seiner Tätigkeit als Minister des Innern die Gewähr dafür hätte bieten können, daß er als Präsident dazu beigetragen hätte, daß die konstitutionellen Normen über die nationalen Minderheiten in vollem Umfange innegehalten werden. Diese Vergangenheit ist nicht ohne Makel, und sie ließ die Befürchtung gerechtfertigt erscheinen, daß dieser Herr nicht zur Festigung des gesellschaftlichen Lebens und zur Beseitigung oder wenigstens zur Milderung dieses schwersten Konfliktes beigetragen hätte, wie er auf dem Gebiet der Nationalitäten ständig und oft in einer sehr krassen Form in die Erscheinung tritt. Bedeutenden Schwierigkeiten begegnen auch das Programm und die Taktik der Partei, welche die Kandidatur Wojciechowski aufgestellt hat. Witos' Janusgesicht gebot Zurückhaltung. Diese Gewissensbisse kamen nicht in Frage, als es sich um die Kandidatur Narutowicz handelte. Als Hort der Friedenspolitik nach außen kann man vom gegenwärtigen Präsidenten der Republik erhoffen, daß er im Innern dieselbe Taktik befolgen wird: daß er Brücken bauen wird zwischen den sich befehdenden Lagern. Indem die nationalen Minderheiten ihre Stimmen auf Narutowicz vereinigten, waren sie auch dessen eingedenk, daß die Wyzwolenie-Gruppe, die diese Kandidatur aufstellte, die erste polnische Partei war, die sich klar für die Achtung der Ansprüche der nationalen Minderheiten im Rahmen der polnischen Staatlichkeit ausgesprochen hatte.“

Das Ergebnis der Präsidentenwahl als Folge der Taktik der Nationaldemokraten behandelt Herr Ignacy Thomas in der „Gazeta Poznańska“, dem Posener Organ der Stadtbürgerpartei, mit folgenden Worten: „Herr Gabriel Narutowicz, Professor der Wasserbautechnologie an der Technischen Hochschule in Zürich, vor einigen Tagen noch Schweizer Bürger und in der Schweiz als konfessionslos eingetragen, wurde von der Mehrheit der Stimmen der Nationalversammlung zum Präsidenten der Republik gewählt. Ein Mann von ungewöhnlicher Begabung als Techniker, der in dieser Eigenschaft durch seine Leistungen in der Schweiz, in Frankreich und in Spanien bekannt geworden ist. Auf dem Gebiet der Flußregulierung hat er so großen europäischen Ruhm erlangt, daß er seinerzeit zum Vorsitzenden der internatio-

nalen Rheinkommission berufen wurde. Als polnischer Minister der öffentlichen Arbeiten hat er sich eigentlich durch nichts ausgezeichnet. Letzthin als Außenminister hauptsächlich durch die Unkenntnis seines Tätigkeitsgebietes und durch seine ungewöhnliche Abhängigkeit von Pilsudski, mit dem er nicht nur durch Bande der Blutsverwandtschaft, sondern vielleicht noch mehr durch seine grenzenlose Verehrung Pilsudskis verbunden ist. Es könnte eine Tragik für die Nationaldemokratie genannt werden, daß gerade der Nationaldemokrat Władysław Grabski Herrn Narutowicz als Minister aus der Schweiz nach Polen in sein Kabinett berief, — eine Tragik ist es, daß gerade der Block der nationalen Einheit es in seiner Hand hatte, bei dem vierten Wahlgang endgültig die Wahl des Herrn Narutowicz zu verhindern, indem er 26 Stimmen für Wojciechowski abgab, und daß er das nicht tat. Warum tat er es nicht? Aus Mangel an schneller Orientierung oder nach dem Grundsatz: „Je schlimmer, desto besser, und desto näher dem Faszismus?“ Und dann drängt sich die Frage auf: Warum wurde die Kandidatur Trampczyńskis zurückgezogen? Wäre Witos, der ihn zum Senatsmarschall machte, nicht geneigter gewesen, ihm seine Stimmen zu geben, als dem Grafen Zamojski, dem Prätendenten auf den künftigen polnischen Thron? — Herr Gabriel Narutowicz wurde mit Beobachtung aller Formen und aller Bestimmungen der Verfassung, nicht mit der Mehrheit der polnischen Stimmen, aber mit der Mehrheit der Stimmen der Bürger des polnischen Staates zum Präsidenten der Republik gewählt. Er hat die Wahl angenommen, hat den Eid geleistet, und vor Ablauf von sieben Jahren kann ihn niemand gesetzmäßig von seinem Posten entfernen, wenn er nicht freiwillig zurücktritt. Der Block der nationalen Einheit hätte ohne Schwierigkeit seine Wahl verhindern können. Er hat es nicht getan. Warum zerreißt Ihr jetzt Eure Kleider und rauft Euch das Haar? Nicht Euch ist ein Unrecht geschehen, sondern Ihr habt Millionen Eurer Wähler ein Unrecht zugefügt. So rächt sich Eure Taktik, Eure Parteitaktik. Schlimmer aber ist es, daß sie sich an Polen rächt, welches Eure Parteiinteressen mit Sozialisierung, Geldentwertung, Teuerung und vielleicht noch Schlimmerem wird bezahlen müssen.“

In unzweideutig faszistischer Weise beschäftigt sich der „Kurjer Poznański“ in seiner Nr. 286 mit der Lage Polens nach der Wahl Narutowiczs zum Staatspräsidenten. Er schreibt: „In unseren Westgebieten haben wir noch immer zu viele Deutsche und zu viele Juden. Die bisherigen Regierungen der Linken haben auch nicht einen Teil dessen ausgenutzt, was uns der Vertrag von Versailles in die Hand gibt, um die Zahl der Deutschen und der Juden auf ein gewisses Maß zu reduzieren. Und was wird erst nach Abschluß des Bündnisses der Linken mit den Juden und den Deutschen sein. Es handelt sich für uns durchaus nicht nur um eine Zurückweisung der Provokation der Deutschen und der Juden, die durch ihre Abgeordneten und Senatoren begangen worden ist. Vor allen Dingen müssen wir sofort, da wir kein Vertrauen zu der künftigen Regierung haben, selbst den polnischen Charakter unserer Grenzgebiete verteidigen, müssen aus ihnen ein reinpolnisches Land machen, um dieses Gebiet vor der Eroberungssucht Deutschlands zu schützen, müssen durch eine Aktion der nationalen Selbstverteidigung die Zahl der Deutschen und der Juden so vermindern, daß bei künftigen Wahlen weder aus der Wojewodschaft Pommerellen noch aus der Wojewodschaft Posen auch nur ein Jude oder Deutscher als gewählter Vertreter des Volkes hervorgeht, — weder der Domherr Klinke noch der Landrat Naumann, noch der Führer des Deutschtumsbundes Kurt Graebe, noch der ehemalige Schulrat in Kongreßpolen (während der deutschen Okkupation) Daczko, die gemeinsam mit solchen Leuten wie Witos, Daszyński und Thugutt uns die Möglichkeit der Bildung einer nationalen Regierung und der Wahl eines nationalen Präsidenten der Republik aus der Hand nehmen. Schlimmere Zeiten haben wir unter preußischer Herrschaft durchlebt, und doch haben wir sie siegreich überstanden. Die Industrie, und vor allen Dingen den Handel haben wir so stark polonisiert wie in keinem anderen Teilgebiet Polens, trotz des Boykotts von seiten der deutschen Regierung und der deutschen Bevölkerung. Erreicht haben wir das dadurch, daß wir unter dem Druck der Notwendigkeit uns zu einem bewußten Willensakt aufzuschwingen verstanden und diesen Akt in das Gewand einer solidarischen Tat des Volkes kleideten. Jetzt stehen wir unter dem Druck einer ebensolchen Notwendigkeit, — nur mit dem Unterschied zu unseren Gunsten, daß, da die Reihen des Gegners stark gelichtet sind, wir unser Ziel leichter und schneller und dabei vollkommen erreichen können. Dazu bedarf es nur des Willens und der Solidarität. In unserem Kampf um ein polnisches Polen werden wir nicht allein dastehen. Schon jetzt, unter dem Eindruck der Enteignung des Polentums durch die fremden Nationalitäten geht durch das ganze Land — von Westen nach Osten, von Norden nach Süden — eine mächtige Woge der Wiedergeburt. Das, was bei uns nach Anwendung des preußischen Enteignungsgesetzes geschah, das, was in Kongreßpolen geschah, als die Juden Herrn Jagiełła der Stadt Warschau als Vertreter aufzwangen, — dieses selbe geschieht jetzt, wie uns unzweideutige Nachrichten zeigen, im ganzen Lande infolge der Aufzwingung dieses Präsidenten der Republik. — Der Kampf wird unblutig und durchaus legal sein, aber er muß so sein, daß er Furcht und Bestürzung in den Reihen derer hervorruft, die ihn so zynisch hervorgerufen haben. Es kann keine Rede davon sein, daß sie wagen dürften, ihre Provokation jemals zu wiederholen, daß sie jemals wieder der polnischen Mehrheit die Möglichkeit aus der Hand nehmen könnten, selbst über das Schicksal des Staates zu entscheiden. Das wird ein Kampf ohne Pardon sein und ohne Fahnenflucht aus den Reihen der polnischen Nation. Darüber wird die öffentliche Meinung einmütig und solidarisch wachen.“

Die Vertagung der Londoner Konferenz als Mißerfolg Poincarés.

Der negative Ausgang der Londoner Besprechungen wird in Paris allgemein als ernster Mißerfolg Poincarés empfunden. Anhänger und Gegner einer französischen Sonderaktion gegen Deutschland sind einig in der Enttäuschung darüber, daß die Regelung der Reparations- und Schuldenfrage abermals vertagt worden sei.

Poincaré, der Sonntag abend dem Vertagungsvorschlage Bonar Laws grundsätzlich zugestimmt hatte, ist Montag vormittag von Paris aus, vermutlich durch Millerand, darauf aufmerksam gemacht worden, daß eine Vertagung der Beratungen hier als ein Mißerfolg aufgefaßt werden würde. Poincaré hat daraufhin am Montag nachmittag in letzter Stunde versucht, sich der Vertagung zu widersetzen, ohne aber damit Erfolg zu haben.

Man nimmt in Paris an, daß es in dem Ministerrat, der voraussichtlich heute abend nach der Rückkehr Poincarés, oder spätestens morgen früh zusammentreten wird, zu lebhaften Auseinandersetzungen kommt und daß die allgemeine Unzufriedenheit über den Verlauf der Londoner Besprechungen in den nächsten Tagen bereits in der Kammer zum Ausdruck kommt.

Poincaré selbst spricht von „Erfolgen.“

Poincaré ist seit gestern abend bemüht, die französischen Pressevertreter davon zu überzeugen, daß die Londoner Besprechungen keineswegs ergebnislos geblieben seien. Er bezeichnete die Ablehnung der deutschen Vorschläge als einen Beweis dafür, daß die Verbündeten sich nicht mehr mit unbestimmten Zusagen Deutschlands begnügen wollen. Er betonte stark als großen Fortschritt das Versprechen Bonar Laws, der Schuldenregelung selbst ohne Einwirkung Amerikas näherzutreten. Weiter hob er hervor, daß er sich ausdrücklich die volle Handlungsfreiheit Frankreichs in der Frage der Erfassung von Pfändern vorbehalten habe und daß ein Bruch der Entente nicht zu befürchten sei, falls Frankreich sich veranlaßt sehen sollte, eine isolierte Aktion zu unternehmen. Poincaré erklärte es endlich für einen gewissen Erfolg, daß die Abhaltung einer großen Konferenz grundsätzlich geplant sei.

Kühle Aufnahme in Paris.

Diese Erklärungen des Ministerpräsidenten haben die führenden Pariser Blätter nicht überzeugt, selbst der „Petit Parisien“ hält mit seiner Kritik nicht zurück und bedauert, daß die Londoner Besprechungen ungenügend vorbereitet worden seien. Er wirft Poincaré vor, daß er Bonar Law nicht acht Tage vor dem Beginn der Besprechungen das französische Programm übermittelt habe, obgleich der englische Premierminister ihn ausdrücklich darum ersucht hatte. Das von Loucheur inspirierte „Petit Journal“ versichert, die Isolierung Frankreichs hätte leicht vermieden werden können; Frankreich hätte nur geringe Zugeständnisse zu machen brauchen, um eine Einigung zu ermöglichen. Die „Journée Industrielle“ bezeichnet die Vertagung der Besprechungen als großen Erfolg Bonar Laws, der Frankreich gezwungen habe, in Tatenlosigkeit zu verharren, bis England in der Orientfrage klar sieht.

Tardieu erklärt es im Leitartikel des „Echo national“ für einen schweren Fehler, daß Poincaré auf der Ruhrbesetzung bestand, statt sich zunächst mit den produktiven Pfändern im Rheinland zu begnügen. Dies erscheint um so weniger begreiflich, als Poincaré den eventuellen Ertrag der Ruhrbesetzung benutzen wolle zur Ermöglichung einer internationalen Anleihe, die ohne Mitwirkung der Verbündeten Frankreichs gar nicht denkbar wäre. Tardieu fragt, wie lange die Kammer das Experiment mit Poincaré noch fortzusetzen gedenke.

Die extrem-nationalistischen Organe geben ihrer Unzufriedenheit lebhaft Ausdruck. Die „Action française“ spricht von einer nationalen Enttäuschung. Die „Libre Parole“ bezeichnet jede weitere Beratung als überflüssig und fordert die Regierung auf, England vor die vollzogene Tatsache der Ruhrbesetzung zu stellen. Der „Eclair“ meint drohend, Poincaré habe bis zum Wiederbeginn der Kammerberatungen über Reparationsfragen noch Zeit zu handeln. Das „Echo de Paris“ schließt seine kritischen Betrachtungen der französischen Politik auf der Londoner Konferenz mit der Bemerkung, man müsse wissen, was man wolle.

Gerüchte von einer Poincarékrise.

Poincaré ist Dienstag nachmittag gegen 5 Uhr mit der französischen Delegation in Paris wieder eingetroffen. Er hat im Ministerrat am Mittwoch Bericht erstattet. Die politischen Kreise erwarteten den Ausgang des Ministerrates mit ungeheurer Spannung. Man ist allerdings davon überzeugt, daß die Frage, ob Poincaré die Verhandlungen mit den Verbündeten weiterführt, oder die Aufgabe einem neuen Ministerpräsidenten überläßt erst nach einem Meinungsaustausch mit dem Präsidenten Millerand und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts entschieden wird.

In den Wandelgängen der Kammer ist von Meinungsverschiedenheiten unter den Regierungsmitgliedern die Rede. Man rechnet offenbar mit der Möglichkeit einer Ministerkrise glaubt aber nicht daß diese gleich nach dem morgigen Ministerrat eintreten werde. Von einer im allgemeinen gut unterrichteten Seite wird erklärt, daß eine Entscheidung ob Poincaré gehen werde oder nicht, kaum vor Mitte der nächsten Woche erfolgen werde.

Enttäuschung in Italien.

Die Enttäuschung in der italienischen Presse über London ist groß. „Messaggero“ sieht nicht ein, was der neue Aufschub nützen könne, und warum im Januar das glücken soll, was im Dezember mißglückt ist. In politischen Kreisen ist man überzeugt, daß Poincaré hätte nachgeben müssen, wenn ihn Bonar Law vor die Wahl gestellt hätte, entweder jetzt oder nie einen Ausgleich in der Schuldenfrage herbeizuführen. Vollkommen sei der Triumph Lloyd Georges, der seine Voraussager bezüglich Poincarés erfüllt sehe.

Gegen die kontinentale Hegemonie Frankreichs.

Ein Londoner Bericht des „Giornale di Roma“, das zu den Kreisen Mussolinis in guten Beziehungen steht, wendet sich sehr scharf gegen Poincaré, der unter diplomatischer Verhüllung auf Besetzung des Ruhrgebietes bestanden habe. Dies bedeute aber für England, Italien und Belgien die Herbeiführung einer kontinentalen Hegemonie Frankreichs. Weder England, noch Italien könnten eine solche Politik gutheißen.

Mussolinis Meinung.

Mussolini wird am Sonntag im Ministerrat das Londoner Reparationsprogramm vorlegen, das dann veröffentlicht werden soll. Mussolini soll von einem neuen Aufschub mit dem Hinweise darauf abgeraten haben, daß ein neuer Aufschub nur die Völker enttäuschen und neue Papiermilliarden in Umlauf bringen werde.

Der „Matin“ meldet aus London, daß nach Abschluß der Konferenz Mussolini Journalisten gegenüber über die Pfänderfrage folgende Aussage gemacht habe: Jedesmal, wenn im Laufe der Diskussion der letzten Tage die Frage der Pfänder aufgeworfen wurde, habe ich unzweideutig erklärt, daß Italien ohne Reserve sich der französischen Formel anschließt, nämlich kein neues Moratorium ohne Pfänder. Aber ich habe ebenfalls auseinandergesetzt, daß ein Unterschied zwischen den verschiedenen Pfändern gemacht werden muß. Ich für meinen Teil bin mit allen Pfändern finanzieller, wirtschaftlicher oder zollpolitischer Art einverstanden, aber ich lehne es unbedingt ab, mich der Ergreifung von Pfändern militärischer Art, also einer Ausdehnung der Besetzung des deutschen Gebietes anzuschließen.

Kabinettsrat in Rom.

Rom, 13. Dezember. (Tel.-Un.) Am Sonntag wird das Kabinett zusammentreten, um die allgemeine internationale Lage und die von Mussolini in Lausanne und London erhobenen Forderungen zu erörtern.

Die große Alliiertenkonferenz im Januar.

Die zweite Konferenz, die im Januar nach der Besprechung der Ministerpräsidenten stattfinden soll, und an der alle Alliierten sowie Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und Japan, vermutlich auch Amerika teilnehmen werden, soll die früher vorgesehene Konferenz von Brüssel ersetzen. Wenn man zu einem Vergleiche kommt, ist es möglich, daß die Konferenz von Brüssel trotzdem einberufen wird, um dort den endgültigen Akkord zu unterzeichnen. Die Vollkonferenz findet nicht statt, wenn die Vorkonferenz der vier Ministerpräsidenten scheitert.

Englische Anklagen gegen den französischen Militarismus.

„Daily Chronicle“ schreiben in einem Leitartikel, die interalliierte Konferenz in London sei zusammengebrochen infolge des hartnäckigen Militarismus Poincarés. Das deutsche Angebot sei das weitaus Beste, was bisher von Berlin gekommen sei. Jedermann, der Cunos Programm mit dem des Vollzugsausschusses des Verbandes der britischen Handelskammern vergleicht, werde nicht verfehlen, zu bemerken, wie groß die Übereinstimmung sei. „Westminster Gazette“ schreibt: Die britische Ansicht über den Plan Poincarés ist, daß er verurteilt werden muß als nicht nur gegen das allgemeine Interesse Europas gerichtet, sondern auch gegen die individuellen Interessen Frankreichs. Ein Bruch der Entente mit der Folge, daß Frankreich eine Separataktion gegen Deutschland unternimmt, kann die Aussichten einer Regelung anderer internationaler Probleme beeinträchtigen. „Times“ bezeichnen die Vertagung der Konferenz als keineswegs befriedigend. Eine Zustimmung der britischen Regierung zu der Be-

---

Sidi Marik.

Roman von L. vom Vogelsberg.

(20. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Lel stand einen Augenblick hochatmend still, verwundert, staunend: gerade vor dem Lager der Fremden war das Ereignis eingetreten. Die großen Augen des Mädchens wurden immer größer und größer, dann drehte sie sich nach Sidi Marik um, warf ihm einen entsetzt hilflosen Blick zu, ließ für einen Augenblick die Zähne blitzen und sauste dann mit ihrem schwabbelnden Bündel davon, daß die schlanken Beine nur so wirbelten. Sidi Marik aber ließ seine Gefangenen fahren. Er hatte selbst nicht im Voraus überlegt, was er anrichten würde. Denn als die Arme der zwei Sünder schon längst nicht mehr in Fesseln lagen, da waren sie noch immer gebannt durch zwei Augenpaare. Das Häkelmuster stand still, und Madame war sprachlos, was nicht oft vorkam. Und dann bekam sie Weinkrämpfe und wollte in die Wüste hinauslaufen oder eines freiwilligen Hungertodes sterben. Monsieur brummelte etwas von Mißverständnis, von dummen Negerlümmeln und ähnlichen Dingen und schwieg. Noch vollständiger schwieg Herr Kronenstein. Er hätte gern geredet, aber wagte es nicht, weil auch seine Gattin schwieg. Das bedeutete Sturm aus Nordnordwest. Aber um ihre Lippen lag noch ein Lächeln oder auch keins, wie man will. Denn die Oberlippe überdachte ein wenig die Unterlippe, und nach dieser zog sich von den Seiten her je ein spitzwinkliges Dreieck. Das konnte der Ausdruck einer lieblichen Seelenstimmung sein. Herr Kronstein deutete es als letzten falschen Sonnenblick vor dem Beginn des Orkans.

„Fräulein Keßler,“ sagte Sanuchen dann nach einer Weile, „wir reisen morgen.“ Das alte Mädchen riß die Augen auf. „Aber gnädige Frau, wir wissen doch noch gar nicht . . .“

„Es ist genug, daß ich es weiß, Fräulein Keßler!“ Die kaum bemeisterte Wut ließ die Stimme der Walzwerksdame zittern wie eine Aeolsharfe, über die ein Lüftchen streicht. Theobald sagte gar nichts. Er hoffte auf seinen guten Stern. Und Madame nannte drüben ihren Gesponsen bereits einen Kretin, was ihn nach seinen Pariser Erfahrungen bald Verzeihung erhoffen ließ. Mittlerweile war Lel in rasendem Lauf zu Hause gelandet. Sie segte geradewegs in das Frauengemach hinein, wo Mutter Fatme mit der Bereitung des einfachen Mittagessens beschäftigt war, feuerte das Wäschebündel auf den Boden und lachte und trappelte mit den Beinen, daß Fatme ganz große Augen bekam und erschreckt fragte: „Lel — mebus?!“ Aber Lel war keineswegs mebus.

„O Mutter, daß Gott Dich segnen möge,“ rief sie unter Schluchzen. „Mein Weg führte an den Zelten der Fremden vorbei“ — ihre Begegnung mit Sidi Marik verschwieg sie wohlweislich — „Mutter, ich glaube, das sind Dschinn!“ Sie lachte wieder los. „So eine Dicke ganz Dicke sitzt da und hat ein rotes Gesicht — puh — und ein schwarzes Hemd hat sie an, o Mutter, der Herr hüte Deine Augen, daß Du nicht blind werdest vor Lachen, wenn Du sie siehst. Das sind keine Menschen, das sind — ja, es sind Dschinn, Mutter, ich sagte es schon.

Ich weiß es nicht, sagte Fatme und lachte mit. Sie lachte überhaupt gern, weil sie schöne Zähne hatte. „Frage Deinen Großvater oder Sidi Marik. Sie sind beide klug, sie werden es wissen.“

„Sidi Marik..,“ sagte Lel verträumt und knabberte an einem Stück Brotfladen. Und dann lachte sie wieder. „Glaubst Du, daß Sidi Marik sich freut, weil er Besuch hat von seinem Volk?“

„Warum fragst Du ihn nicht selbst?“ warf Fatme sehr folgerichtig ein.

„Hm, er könnte böse werden...“ Fatme warf ihrer Tochter einen forschenden Blick zu.

„Sidi Marik wird niemals böse, sonst hätte er Dir die Haare schon längst ausgerissen. Geh hin, frage ihn was Du willst, aber geh den Fremden aus dem Weg, die machen Dich toll.“ Lel überlegte. Ja, Sidi Marik war eigentlich nicht böse. Wenn sie für jeden geschnippten Dattelkern die verdiente Maulschelle bekommen hätte, dann würde sie wohl keine Zähne mehr haben. Aber Sidi Marik konnte auch anders sein, gegen sie vielleicht nicht aber gegen andere. Hatten die zwei vorhin nicht getanzt wie junge Böcklein auf der Weide unter seinem Griff. Er, Sidi Marik, hatte Kraft und war klug, und... ja, gewiß war er auch ein hübscher Kerl, ein sehr hübscher Kerl... ja... Lel fuhr sich ein paarmal hastig am Mund vorbei, als wollte sie die unausgesprochenen Worte wieder an ihren Ursprungsort zurückjagen. Und dabei tanzten die Goldfünkchen wieder in ihren Augen, und in ihrem Kindskopf wirbelte krauses Zeug durcheinander, wie sie Sidi Marik wieder einen Streich spielen wollte. Aber ohne daß sie es so recht wußte, stand sie auf einmal da und starrte in die Luft. Und ihre Augen waren wie unergründlich tiefe Sonnen, in denen ganz unten ein Bild zitterte, das Bild eines braungebrannten, mageren Rumi mit guten Augen und starken Händen. Und die Lippen gingen auf, so rot und sehnsüchtig... Wie ein Hecht unter die junge Fischbrut, so fuhr Lel in die Arbeit. Ihr Gesicht glühte. Ihre schöne Mutter schüttelte den Kopf. Aber dann schien ihr allmählich einiges Verständnis aufzugehen. Sie lächelte ganz leise und tat schweigend ihre Arbeit. Sie hatte es gut bei Said Ibrahim el Asad, Lel sollte es nicht schlechter haben. Währenddem saß in dem Zelt des Schechs der ganze männliche Duar, so weit er anwesend war zusammen. Auch Sidi Marik war darunter. Das Gesicht Mohammed el Walids war sehr ernst, fast voll Erbitterung

(Fortsetzung folgt.)

setzung des Ruhrgebietes könnte nicht in Frage kommen. So stark jedoch auch immer die Meinungsverschiedenheiten gewesen seien, es habe doch ein starker Wunsch auf allen Seiten geherrscht, den Bruch zu vermeiden.

Frankreichs Furcht vor geheimen Abmachungen.

In französischen Kreisen herrscht Unruhe und Ungewißheit über das Spiel der Vereinigten Staaten hinter den Kulissen. Man glaubt an geheime Abmachungen zwischen Amerika und England über die Regelung der interalliierten Schulden, insbesondere an einen, wenn auch nur teilweisen Erlaß der englischen Schulden durch Amerika. Man neigt weiterhin insgeheim dem Glauben zu, daß irgend welche geheime Abmachungen über einen ganzen Fragenkomplex zwischen Amerika und England auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite existieren.

Havas meldet aus London, das englische Kabinett werde in Washington vor dem 2. Januar offiziös anfragen lassen, welche Haltung die amerikanische Regierung hinsichtlich der Schulden der Alliierten bei den Vereinigten Staaten einzunehmen geneigt sei, abgesehen von der englischen Schuld, zu deren Regelung Sonderabmachungen zwischen London und Washington in Vorbereitung seien.

Die Konferenz von Lausanne.

Lausanne, 12. Dezember. Die Arbeiten des Unterausschusses für die Frage der Kapitulationen sind etwas weiter vorgeschritten. Die Türken haben den Ausländern das Recht des Besitzes von Landeigentum zugestanden und haben sich unter gewissen Bedingungen damit einverstanden erklärt, daß die Ausländer Aktiengesellschaften gründen dürfen. Die Beratungen werden fortgesetzt. Im Finanzausschuß haben die Türken einen Gegenvorschlag in der Schuldenfrage gemacht. Heute, am Mittwoch, trifft der frühere türkische Finanzminister Djamid Bey in Lausanne ein. Man erwartet, daß seine Gegenwart den Verlauf der Wirtschaftsverhandlungen etwas beschleunigen wird.

Lausanne, 12. Dezember. Die Sachverständigen für Militär-, Marine- und Landungsfragen haben ihre Beratungen beendet und sind über den Entwurf der Alliierten betreffs der Meerengen zu einer Einigung gelangt. Außerdem besprachen sie die Möglichkeit der sofortigen Zulassung der russischen Sachverständigen zu den Beratungen.

Wer darf in Konstantinopel bleiben?

Lausanne, 12. Dezember. Der Unterausschuß für Minderheitsfragen besprach in seiner Dienstag-Sitzung die Frage des Austausches der Bevölkerung. Was die Stadt Konstantinopel betrifft, so haben sich die türkischen Delegierten damit einverstanden erklärt, daß die griechische Bevölkerung mit Ausnahme derjenigen, die seit dem Waffenstillstand eine türkenfeindliche Tätigkeit getrieben haben, ferner derjenigen, die seit Kriegsausbruch eine fremde Staatsangehörigkeit angenommen haben, schließlich mit Ausnahme der aus Kleinasien eingetroffenen Flüchtlinge dort verbleibt. Der griechische Patriarch und der Patriarchalrat müssen nach Ansicht der Türken Konstantinopel verlassen.

Keine Einigung in der Frage der Kapitulationen.

Paris, 13. Dezember. Französische Blätter melden aus Lausanne, die Konferenz würde nicht an der Frage der Meerengen, sondern an der Frage der Kapitulationen scheitern. Die Türken seien nicht gewillt, in dieser Angelegenheit von ihrem Standpunkt abzugehen.

Deutsches Reich.

Reichskanzler Cuno gegen die unberufenen Kritiker.

Der Reichskanzler Cuno hielt bei der feierlichen Eröffnungssitzung des neuen Hauses des Reichswirtschaftsrates eine bemerkenswerte politische Rede. Der Eröffnungsfeier wohnte Reichspräsident Ebert das gesamte Reichskabinett, Vertreter der verschiedenen Staatsministerien und die Präsidenten der Parlamente bei.

Der Reichskanzler Cuno begrüßte in seiner Rede den Reichswirtschaftsrat, dem er selber früher angehört hat. Besonders fiel in der Rede die Stelle auf, wo der Reichskanzler davon sprach, daß es keinen Machtfaktor und kein Kraftzentrum der Wirtschaft gebe, die stark genug seien, um der Regierung die Führung der wirtschaftlichen Angelegenheiten aus der Hand zu nehmen. Ohne daß der Name Stinnes vom Reichskanzler genannt wurde, verstanden es doch alle Anwesenden daß mit diesen Worten die gestrige Erklärung von Stinnes in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" gegen den neuen Reparationsvorschlag der Regierung gemeint war. Bezeichnenderweise ertönte gerade bei dieser Stelle von den Vertretern der deutschen Wirtschaft der lauteste Beifall.

Der Reichskanzler erwähnte dann noch kurz seinen Brief an Bonar Law zur Konferenz in London, der leider nicht die Beachtung gefunden habe, die man erhofft hatte. Die Regierung sei aber der Ansicht, daß auch weiterhin nur eine aktive Politik positiver Mitarbeit zur Lösung der Reparationsfrage führen könne. Bei dieser Lösung werde kein Teil des deutschen Volkes abseits stehen dürfen.

Der Hardenprozeß.

Wegen des Anschlages auf den Schriftsteller Maximilian Harden, den Herausgeber der „Zukunft", die aber seit einiger Zeit ihr Erscheinen eingestellt hat, standen vor Gericht der Oldenburger Buchhändler Grenz, der Anstifter des Attentats, und ein gewisser Weichardt als Helfershelfer. Der Hauptattentäter, der frühere Oberleutnant Ankermann, ist geflüchtet. Grenz erzählt, daß er durch einen anonymen Brief aus München aufgefordert wurde, die Namen zweier junger, tatenfroher Männer mitzuteilen, die sich zu allem bereit erklären würden. Unterzeichnet war das Schreiben mit einem siebenzackigen Stern, der als Abzeichen der mittelalterlichen Femgerichte gilt. Grenz gab hierauf auf Wunsch Ankermanns dessen und Weichardts Namen an die Münchener Chiffre an. Darauf kam aus München ein zweiter Brief mit demselben Femstern, der die Summe von 50 000 Mark enthielt und einen Zettel mit dem Namen: Maximilian Harden. In dem Briefe hieß es, daß es sich um eine Erledigung der auf dem Zettel genannten Person handle. Ein letzter Brief, den Grenz in der heutigen Hauptverhandlung bekanntgab, erklärt den Zweck des Anschlages auf Harden damit, daß er unbedingt vor der von ihm damals beabsichtigten Vortragsreise nach Amerika beseitigt werden müsse.

Die folgenden Aussagen von Grenz und Weichhardt geben Auskunft darüber, wo sich die beiden Beteiligten in der Zwischenzeit seit Empfang des Geldes bis zur Ausführung der Tat aufhielten. Die beiden Angeklagten stellen den flüchtigen Ankermann als Hauptschuldigen hin und behaupten, sie wollten Harden nur einen Denkzettel erteilen, der eine Amerikareise unmöglich machen sollte.

Am Schluß der Sitzung wurde Harden als Zeuge vernommen. In theatralischer Weise gab er eine Darstellung des Attentats. Von beiden Parteien wurden politische Sachverständige vorgeschlagen über die Frage, ob Harden nach seiner publizistischen Tätigkeit als Schädling für das Deutschtum aufgefaßt werden dürfe. Die Vertreter der Attentäter haben den Chefredakteur des „Berliner Tageblattes", Theodor Wolff, vorgeschlagen, Harden hingegen den früheren Staatssekretär Möllendorf. Der Vorsitzende regte an, auf die Sachverständigen zu verzichten, da man juristisch es als Tatsache unterstellen könne, daß ein großer Teil der Bevölkerung Hardens Tätigkeit für schädlich halte. Dagegen erhob Harden Protest, nach welchem der Vorsitzende betonte, daß ihm jede beleidigende Absicht ferngelegen habe. Auf die Sachverständigen wurde nicht verzichtet. Sie werden morgen ihr Gutachten abgeben. Harden verließ hierauf höchst beleidigt den Saal.

Bayern erhält einen eigenen Staatspräsidenten.

München, 12. Dezember. (Tel.-Un.) Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages nahm heute einen Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Schaffung eines selbständigen Staatspräsidenten mit 15 Stimmen der beiden Rechtsparteien gegen 13 Stimmen der übrigen Parteien an.

Kapitalverdoppelung der Dresdner Bank.

Der Aufsichtsrat der Dresdner Bank hat, dem Vorgehen der übrigen Großbanken folgend, beschlossen, einer auf den 9. Januar 1923 einberufenen außerordentlichen Generalversammlung die Verdoppelung des zurzeit 550 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals vorzuschlagen. Maßgebend für diesen Beschluß sind die außerordentlich umfangreichen Ansprüche, die aus den Kreisen der Kundschaft anhaltend und in steigendem Umfang an die Bank gestellt werden, so daß eine namhafte Vermehrung der eigenen Mittel wünschenswert erscheint. Von den jungen Aktien sollen 275 Millionen Mark den bisherigen Aktionären zu einem von der Generalversammlung festzusetzenden Kurse zum Bezuge angeboten werden. Wegen freihändiger Begebung weiterer 150 Millionen Mark Aktien an der Bank nahestehende Kreise, und zwar mit mehrjähriger Sperre, ist Vorsorge getroffen, während die restlichen 125 Millionen Mark mit 25 Prozent Einzahlung einstweilen treuhändisch übernommen und zur Verfügung der Verwaltung gehalten werden sollen. Die neuen Aktien sollen ab 1. Januar 1923 an der Dividende teilnehmen. Die letzte Kapitalserhöhung erfolgte im Dezember v. Js. von 350 auf 550 Millionen Mark. Hierbei wurden die Aktien fast ausschließlich im Gegensatz zu jetzt den Aktionären angeboten, und zwar im Verhältnis von 7 zu 4 zu 225 Prozent.

** **Eine mißglückte Dorten-Versammlung.** Dorten, der berüchtigte rheinische Sonderbündler, der für Abtrennung der Rheinlande von Deutschland eintritt, hatte für heute abend in Bad Ems eine öffentliche Werbeversammlung angekündigt, in der er selbst sprechen wollte. Bad Ems war deshalb gewählt worden, weil sich dort vor einiger Zeit eine neue Gruppe von Sonderbündlern gebildet hatte. Um Dorten und seinem Anhang von vornherein jeden Erfolg unmöglich zu machen, hatten sämtliche politischen Parteien von Koblenz und dem Unterlahnkreis zur Teilnahme an der Dorten-Versammlung aufgerufen und außerdem im Anschluß an die Dorten-Versammlung eine Protestversammlung vorbereitet. Da die Emser Sonderbündler vor einigen Tagen den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Ortsgruppe überfallen und schwer verletzt hatten, war die Stimmung auf beiden Seiten sehr gespannt, so daß Dorten mit einer unangenehmen Abfuhr rechnen konnte. Das von den politischen Parteien beabsichtigte Ziel ist nun insofern bereits erreicht worden, als die französische Besatzungsbehörde heute die beiden Versammlungen verboten hat.

** **Die Lage der deutschen Zuckerindustrie.** In der Generalversammlung der Aktienzuckerfabrik Neuwerk bei Hannover gab Generaldirektor Preiseler folgende Darstellung der Lage der deutschen Zuckerindustrie: Man dürfe im laufenden Jahre mit einer Zuckererzeugung von 31 Mill. Zentner gegen 28,5 Mill. Zentner im Vorjahre rechnen. Die Ansprüche der Bevölkerung könnten voll befriedigt werden, aber es fehle wegen der hohen Preise an Käufern. Es würde heute mehr Zucker konsumiert als vor dem Kriege. Nach dem Auslande gehe kein Zucker, und es bestehe auch keine Aussicht, daß dies in nächster Zeit geschehe. Die Zuckerpreise seien in kurzer Zeit von 6000 auf 12 000—15 000—24 000 Mark der Zentner gestiegen. Die Regierung habe aber für den Zentner nur 20 000 Mark geboten. Man könne den Zucker überhaupt nicht los werden, wenn man ihn nicht an die Industrien abgeben könne. Der Absatz an Zucker im November 1921 betrug 1,4 Mill. Zentner, im November 1922 sind dagegen nur 700 000 Zentner verkauft worden. Bei der allgemeinen Geldknappheit können die Zuckerfabriken nur ungenügend Zucker absetzen, wodurch eine sofortige Bezahlung der Rüben abliefernden Landwirte unmöglich sei. Die Zuckerwirtschaftsstelle habe daher bei der Regierung beantragt, der Staat möge einen Kredit von 20 Milliarden Mark gewähren, damit die Zuckerindustrie ihren Verpflichtungen nachkommen könne. Durch die Preisanpassung an die Markentwertung sei zu befürchten, daß das Publikum nicht mehr Zucker aufnehmen könne. Was den Export von Zucker anbetreffe, so sei dies wünschenswert, um einen Ausgleich für den teuren Chilesalpeter zu schaffen.

** **Gründung eines Verbandes deutscher Ostseehäfen.** Sämtliche deutsche Häfen der Ostsee haben in den letzten Tagen einen gemeinsamen Verband unter dem Namen „Verband der Ostseehäfen" gegründet. Die Aufgabe des Verbandes ist die Vereinigung der gemeinsamen Wirtschafts- und Verkehrsinteressen.

** **Der unveränderte Goldankaufspreis** beträgt in Deutschland bei der Reichsbank und Post vom 11. bis 17. Dezember 20 000 M. für ein Zwanzig- und 10 000 M. für ein Zehnmarkstück. Der Silbermünzenankaufspreis ist der 600fache des Nennwertes.

** **Verworfene Beschwerden gegen Zeitungsverbote.** Die Beschwerde gegen das vom Leipziger Polizeipräsidium erlassene Verbot der Zeitschrift „Der Hammer", sowie die Beschwerde gegen das Verbot der „Tilsiter Zeitung" wurden vom Staatsgerichtshof verworfen.

** **Die Diebstähle im Hamburger Hafen** haben nachgerade einen geradezu katastrophalen Umfang angenommen. Der Ortsausschuß Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes teilt jetzt mit, daß große auswärtige Schiffahrtsgesellschaften sich ernstlich mit dem Gedanken tragen, ihre Schiffe Hamburg nicht mehr anlaufen zu lassen, weil für die Sicherheit ihres Eigentums nicht die genügende Gewähr gegeben sei. Im Hinblick auf diese durchaus ernst zu nehmende Gefährdung des Hamburger Wirtschaftslebens fordert der Ausschuß die Arbeiterschaft auf, rücksichtslos jeden anzuzeigen, der im Hamburger Hafen stiehlt, Kolli unbefugt öffnet, Großschiebern in die Hände arbeitet, mit Schiffsmannschaften gemeinschaftlich Güterberaubung vornimmt usw. Wer aus falsch verstandener Solidarität die Eigentumsvergehen im Hamburger Hafen stillschweigend hinnehme, mache sich mitschuldig, wenn aus den Zuständen eine Lahmlegung des Hafenbetriebes herauswachse.

Freistaat Danzig.

Drei Amtssprachen beim Danziger Hafenausschuß.

Der Völkerbundskommissar General Haking ist gemäß Artikel 39 des Danzig-polnischen Abkommens um eine Entscheidung angerufen worden über die bei dem Hafenausschuß anzuwendende Amtssprache. Der Hafenausschuß selbst hatte kürzlich durch die ausschlaggebende Stimme seines Vorsitzenden entschieden, daß Deutsch, Polnisch und Französisch die drei Amtssprachen sein sollten. Ein verwickeltes System von Vorschriften hat nun die Fälle aufgezeichnet, in denen die deutsche und die polnische Sprache gleichberechtigt sein sollen, oder einer der beiden Sprachen ein Vorzug vor der anderen eingeräumt wird. Gegen die Beibehaltung der französischen als der dritten Amtssprache, der zweifellos nur die Rolle einer Hilfssprache für den internationalen Verkehr zugedacht sein kann, ist von keiner Seite eine Einwendung erhoben worden; dagegen hat die Danziger Regierung gegen die vom Hafenausschuß beschlossene Regelung Protest erhoben und die polnische Regierung hält ein Gleiches für nötig.

General Haking hat nun dahin entschieden, daß die deutsche und die polnische Sprache in allen Angelegenheiten des Hafenausschusses gleichberechtigt sein sollen und daß der Präsident des Hafenausschusses zu entscheiden hat, welche Sprache in einem besonderen Falle anzuwenden ist, wobei er nur unter dem Gesichtspunkte handeln soll, in welcher Weise die Hafenverwaltung am schnellsten, wirksamsten und sparsamsten arbeitet". Auf Formularen und Briefen sollen die Bezeichnungen in polnischer und deutscher Sprache nebeneinander Platz finden, und zwar die polnische links und die deutsche rechts.

Bei dieser letzten Anordnung weist General Haking auf das Vorbild des Völkerbundes hin, der bei seinen zweisprachigen Drucksachen gleichfalls die beiden Amtssprachen Englisch und Französisch nebeneinander stellt. Mit einem Anflug von Ironie wird festgestellt, daß die Frage, welche Seite die bevorzugte ist, jedenfalls bisher noch zu keiner internationalen Verwickelung geführt habe.

*† **Die Danziger Sparkassen und der Effektenverkehr.** Dadurch, daß die Banken in der Erledigung von Effektenaufträgen gewisse Beschränkungen haben eintreten lassen, ist der An- und Verkauf von Effekten für nicht sehr wohlhabende Personen sehr erschwert. Die Vereinigung der Sparkassen in der Freien Stadt Danzig hat in der Presse eine Bekanntmachung erlassen, wonach die Sparkassen nach wie vor Aufträge zum An- und Verkauf von Effekten auch in kleinen Posten entgegennehmen. Diese Haltung der Danziger Sparkassen wird von der Danziger Presse mit Anerkennung bedacht.

Aus aller Welt.

Die Elsässer als Franzosen zweiter Klasse. Der sozialistische Abgeordnete Uhry, der einen elsässischen Abgeordneten in der Kammersitzung vom letzten Sonnabend einen „sale boche" genannt hatte, hielt es angesichts des Entrüstungssturms, den er dadurch entfesselt hatte, für geraten, das Stenogramm seiner Rede nachträglich abzuändern. Im „Journal officiel" ist die Bemerkung gestrichen, und Uhry behauptete in der Kammer kühn, er habe nichts derartiges gesagt. Natürlich weiß jedermann, daß der „gereinigte" Bericht unrichtig ist. Interessant ist jedenfalls die Resolution, die der Vorstand der sozialistischen Sektion des Unterelsaß vor der Stenogrammänderung angenommen hat. Darin mißbilligt er Uhrys Bemerkung aufs schärfste. Er spricht ihm sogar die Befähigung zur parlamentarischen Vertretung der elsässischen Interessen ab und bittet die Kammerfraktion, ihn nicht mehr mit der parlamentarischen Vertretung elsaß-lothringischer Angelegenheiten zu betrauen. Diese Resolution bezweckt natürlich nicht nur, die Partei von der Belastung zu befreien, die die Entgleisung eines ihrer Mitglieder für sie im Gefolge haben kann, sie beweist auch, wie bitter die von einem Franzosen der Bevölkerung Elsaß-Lothringens zugefügte Beschimpfung in allen Schichten und Parteien empfunden worden ist.

Antisemitische Unruhen in Riga. In Riga sind wieder antisemitische Unruhen entstanden. Nach der Verhaftung der Schuldigen der vorausgegangenen Unruhen haben die Studenten die jüdischen Hörer nicht in die Universität hineingelassen.

Wechsel im ungarischen Außenministerium. Amtlich wird die Enthebung Przanowskys vom Posten des Pariser Gesandten bekanntgegeben. Wie die Blätter melden, ist Graf Nikolaus Banffy wieder genesen und nach Budapest zurückgekehrt. Banffys Rücktritt vom Posten des Ministers des Außern und seine Ernennung zum Pariser Gesandten ist dem „Az Est" zufolge endgültig beschlossen und wird schon in den nächsten Tagen erfolgen. Dagegen herrscht über die Person seines Nachfolgers noch viel Unsicherheit. Graf Teleky, der immer als zukünftiger Außenminister genannt wurde, ist schwer erkrankt, und da seine volle Wiederherstellung noch lange Zeit in Anspruch nehmen dürfte, kann von seiner Ernennung keine Rede mehr sein. Man hält es für wahrscheinlich, daß vorläufig kein neuer Außenminister mehr ernannt wird, daß vielmehr dem Namen nach Graf Bethlen das Ministerium führen und der Direktor des Ministeriums Koloman v. Kanya, gewesener Sektionschef im gemeinsamen Außenministerium, der auch während der Krankheit Banffys das Ministerium geleitet hat, weiterhin die Leitung des Außenamtes behalten wird.

Antisemitische Ausschreitungen in Rumänien. Im Zusammenhang mit den antisemitischen Kundgebungen und Ausschreitungen der Studentenschaft in Klausenberg und Bukarest zog in Jassy, einer Stadt mit überwiegend jüdischer Bevölkerung, nach einer studentischen Versammlung eine 2000 Personen zählende Volksmenge vor die Blätter „Opinia" und „Lumea" und zertrümmerte die Redaktionsräume und die Druckereien vollständig. Der Schaden beziffert sich auf Millionen. Sämtliche jüdischen Geschäfte sind geschlossen. Nachmittags kam es zu neuen Unruhen und Zusammenstößen, bei denen viele Personen verletzt wurden.

Die Rückerstattung Kiautschous. Der Vertrag über die Rückerstattung des früheren deutschen Schutzgebietes Kiautschou ist am 1. Dezember unterzeichnet worden. Das Gebiet wurde am 10. Dezember an China abgetreten. Am 5. Dezember wurde der Vertrag über die Rückerstattung der Schantungbahn an China unterzeichnet. Die Bahn wird am 1. Januar China zurückgegeben.

Der frühere Sultan geht nach Mekka. Der abgesetzte Sultan, der auf einem englischen Kriegsschiff nach Malta geflohen war, hat eine neue Unterkunftsstätte gefunden. Der unter englischem Einfluß stehende König Hussein hat ihm Zuflucht in Mekka angetragen. Da Mekka die heilige Stätte der Mohammedaner ist, ist ein Verweilen des abgesetzten Herrschers der Gläubigen an diesem Ort natürlich nicht ohne Gefahr für den jetzigen von dem Parlament in Angora gewählten Kalifen.

Achtung!

Kaufe ein

Landgrundstück

von 60 bis 180 Morgen,

gutem Boden, nicht allzuweit von der Stadt und der Eisenbahn, mit geräumigem Wohnhaus und massiven Wirtschaftsgebäuden, mit Obst- und Gemüsegarten, totem und lebendem Inventar, oder ein **kleineres Landgrundstück** mit größ. Garten in der Nähe der Stadt. Ich bitte die Besitzer, die die Absicht haben, oben erwähnte Grundstücke zu verkaufen, um eine eingehende Beschreibung, Angabe des endgültigen Preises und der genauen Adresse. Vermittelung honoriere ich.

Offerten erbitte ich sofort unt. **„Przyjezdny 4460“** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Holzverkäufe

in der

Majoratsforst Obrzycko

nur für den Ortsbedarf.

1. **Mittwoch, den 20. Dezember cr.,**

kommen zum Verkauf

aus **Revier Podlesie,** Durchforstungsjagen 46, 69, 70: **Kiefer:** 125 Stück Nutzholzstangen I./II. Kl., 70 Stück Stangenhaufen II./IV. Kl., 190 Stangenreisighaufen,

aus **Revier Stobnica,** Durchforstungsjagen 33: **Kiefer:** 60 Stück Stangenhaufen I. IV. Kl., aus dem Totalitätseinschlage: 60 rm Kloben und Knüppel.

2. **Donnerstag, den 21. Dezember cr.,**

aus dem **Revier Szczyn,** Durchforstungsjagen 7 und 8: **Kiefer:** 120 rm Kloben und Knüppel 50 Stück Stangenhaufen II./IV. Kl., 13 Stück Reisighaufen, 200 Stück Nutzholzstangen I./II. Kl.

Die Termine finden in **Obrzycko** statt und beginnen **vormittags 10 Uhr.** Die erkauften Hölzer sind gleich im Termin zu bezahlen. [4491

Nadleśnictwo Zielongóra p. Obrzycko, 11. 12. 22.

Dreger.

Lokomobilen:

1 fahrbare Heißdampf-Lokomobile, Fabrikat „Badenia“, 16/25 PS,

1 fahrbare Lokomobile, Fabrikat „Lanz“, 16/22 PS,

1 stationäre Sattdampf-Lokomobile, Fabrikat „Wolf“, 20/25 PS,

1 fahrbare Sattdampf-Lokomobile, Fabrikat „Lanz“, 25/32 PS

hat **sofort ab Transito-Lager Danzig abzugeben**

„Technik“, [4492

Gesellschaft für Handel u. Industrie m. b. H. & Co.,

Danzig, VI. Damm 7.

Saug- und Druckpumpe,

für Kraftbetrieb, 3,5 cbm stündl. Leistung, Deutzer Fabrikat, U-Pumpe, Größe B, neu, **sofort zu verkaufen.**

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Guterhaltener

Dampfdreschkasten

nebst Elevator

zu kaufen gesucht. Offerten mit Beschreibung u. Preisangabe unt. **R. 4482** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Evang. **Volkskalender** für 1923

(Diakonissen-Kalender)

mit Märkteverzeichnis

Preis 360 Mark

nach auswärts mit Porto und Verpackung **M. 385,** unter Nachnahme **M. 395,—**

ist zu beziehen durch

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Poznań, ul. Zwierzyniecka 6 (fr. Tiergartenstr.)

Fasanen,

lebende Hennen jede Anzahl,

kaufe preiswert

Graf Czarnecki, Golejewko, p. Chojno, Rawicz.

Goldene Klassiker-Bibel,

2 Bände, 40×30, **mit über 100 ganzseitigen Kunstdrucken** gegen Höchstgebot **zu verkaufen.** Gefl. Angebote unter **Nr. 4494** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Franzose, französisch und deutsch sprechend, 35 J. alt, unverh., vermögend, wünscht

Landaufenthalt

auf größerem Gute bei polnischer Familie, die Interesse hat, die französische Sprache zu erlernen oder sich durch Konversation vollkommen auszubilden. Bin sportliebend, groß. Naturfreund und viel Interesse für die Landwirtschaft. Kein Gehalt Verpflegung wird bezahlt. Ang. u. **4462** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Grundstück

von 30 bis 40 Morgen zu pachten gesucht. Off. unter **4495** an d. Geschäftsst. d. Bl.

Dienstag, den 2. Januar 1923 in allen Räumen des Zoologischen Gartens:

Großer Deutscher Maskenball

Künstlerische Faschingsdekorationen.

In Weinstuben **„Berliner Barbetrieb“** mit Jazz Band-Kapelle

2 erstklassige Kapellen.

Gr. Beleuchtungseffekte. Scheinwerferbeleuchtung.

Einzug des Prinzen Carneval um 8½ Uhr.

Die Dekorationen, die nur von ersten Dekorationskünstlern ausgeführt werden, übertreffen alles bisher Gebotene.

Das **Dekorationsmaterial** stammt zum größten Teil aus den **ersten Dekorationshäusern Berlins.** Anfang der nächsten Woche treffen bereits die ersten Waggonladungen mit Dekorationsmaterial hier ein.

Eintrittskarten sind **nach Anmeldung (H. Nickians, Poznań, św. Marcin 47 II)** bei Herrn **Gumnior, św. Marcin 43,** zu haben.

Die schönsten **Weihnachtsgeschenke** sind:

Beyer's Handarbeitsbücher

über 60 verschiedene Bände wie:

Kreuzstich : Flachstich : Leichte Buntstickerei : Weisstickerei
Filetarbeiten : Häkelarbeiten : Strickarbeiten : Kunststricken
Lehrbuch f. Hand- u. Maschine-Nähen : Moderne Alphabete
Hohlsaum- und Durchbruchstickerei : Ausschnittstickerei.

Das grosse Lehrbuch der Wäsche

mit zahlreichen Abbildungen für Damen-, Herren-, Kinder- und Erstlingswäsche und 4 grossen Schnittmusterbogen.

Beyer's Lehrbuch der Hausschneiderei

enthaltend zahlreiche Abbildungen und die besten Anleitungen.

Beyer's Modenführer f. Damen- u. Kinderkleidung für die Wintersaison 22/23 mit grossen Schnittmusterbogen.

Sämtliche Bände haben stets vorrätig:

die Vertretungen in Polen: **L. Pfitzner, Poznań, ul. Grobla 25a,**

ausserdem b. **Evgl. Vereinsbuchhandl., Poznań, ul. Wjazdowa** Am Schloss.

B. Manke, Poznań, ul. Wodna 5

Papiergeschäft. Nähe Alter Markt

P. Lindner Nachf., Inh. **Baensch, Poznań,**

Buchhandlung. ul. Kraszewskiego 9.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 15. 12., abends 7½ Uhr: **„Tiefland“,** Oper von d'Albert. (Mariechen: Frau Marja Janowska-Kopczyńska als Gast.)

Sonnabend, den 16. 12., abends 7½ Uhr: **„Die Jüdin“,** Oper von Halevy. (Gastspiel Frau Maria Janowska-Kopczyńska.)

Sonntag, den 17. 12., nachm. 3 Uhr: **„Rigoletto“,** Oper von Verdi.

Sonntag, den 17. 12., abends 7½ Uhr: **„Aida“.** (Gastspiel Frau Marja Janowska-Kopczyńska).

Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejbrowski ulica Fredry 1.

Gastwirt, evgl., Witwer, 50 J. alt, mit gutem Geschäft sucht sich wieder zu

verheiraten

mit Dame im Alter von 30 bis 40 Jahren hübsche Erscheinung, sowie Vermögen Bedingung. Witwe ohne Kind nicht ausgeschlossen. Off. mit Bild einzureichen u. **S. D. 4486** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. Photographie wird auf Wunsch unter strengster Diskretion zurückgesandt.

Kinderwagen,

elegante Ausführung, zu kaufen gesucht. Offert. unt. **B. 4478** an die Geschäftsstelle dies. Bl.

Zu Geschenkzwecken empfehlen:

Aus d. Ostlande

Jahrgang 1917 elegant gebunden.

Ferner:

Jugendland

in verschied. Jahrgängen, sowie

Posener Gesangbücher,

in verschied. Ausgaben

Pos. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Poznań

ul. Zwierzyniecka 6 (Tiergartenstr.)

Geschäftsfreier Sonntag!

Am Sonntag, dem 17. Dezember dürfen sämtliche Verkaufsläden, mit Ausnahme vormittägiger Kirchzeit, **offen gehalten werden.**

Da erfahrungsgemäß ein großes Publikum an dem Sonntag seine Einkäufe besorgt, ist es ratsam, alle für diese Sonntagsnummer bestimmten

Weihnachts-Inserate

rechtzeitig im „Posener Tageblatt“ aufzugeben, damit für korrekten Satz und Plazierung gesorgt werden kann!

Laufend größere Posten neue verzinkte schmiedeeiserne

Fässer

je 200 Liter Inhalt, normal. Ausführung ab Lager Danzig abzugeben

„Technik“ Gesellschaft für Handel u. Industrie m. b. H. & Co,

4493] **Danzig, IV. Damm 7.**

Achtung Geflügelzüchter!

Wegen Auswanderung verkaufe aus meiner 16jährigen Spezialzucht meinen **erstklassigen Zuchtstamm**

1,3 gelbe Orpingtons 1921er,

1 Stamm 1,3 gelbe Orpingtons 1922er Zucht, [4489

1 Kochsche Knochenschrotmühle.

Ferner 1,0 **dtsch. Schäferhund,** ca. 12 Monate, 1,0 **dtsch. Schäferhund,** ca. 6 Monate alt, bester Abstammung. Bei Anfragen erbitte Rückporto.

Alfred Elsner, Błotnica, pow. Wolsztyn.

Kaufe GUT

Größe ca. 1000 Morgen,

gegen sofortige Kassa in Großpolen oder Pommerellen. Agenten verbeten. [446

Offerten unt. **„Gut 519“** an **Reklama Polska, T. A., Aleje Marcinkowskiego 6.**

Oele u. Fette

in erstklassiger Qualität liefern

Sander & Brathuhn

Poznań ul. Seweryna Mielżyńskiego 23, Telef. 4019

Brillanten,

Platin, Gold und Silber

kauft [447

W. KRUK, Juwelier

ul. 27. Grudnia 6.

Elektr. Teppich-, Möbel- u. Parkett-Reinigung

zu den Feiertagen.

Entfernung von Motten durch Vakuumsauger.

Fa. Greif,

ul. Fr. Ratajczaka 13. Tel. 2616.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A

Freitag, 15. Dezbr., abends 3¾ Uhr.

Sonnabend vorm. 9¼ Uhr mit Schacharis beginnend Neumondverk. (Tewes) und Predigt.

nachm. 3¾ Uhr Mincha m. Jugendandacht u. Predigt.

Sabbatausgang 4 Uhr 31 M.

Werktags-Andacht.

Morgens 7 Uhr (Montag 6¾), abends 4 Uhr.

Synagoge B

(Israel. Brüdergemeinde), Ulica Dominikańska.

Freitag, d. 15. Dezbr., abends 4 Uhr.

Sonnabend d. 16. Dezember vorm. 10 Uhr.

Die Andacht findet in der geheizten kleinen Synagoge statt.

Wohnungen

Tausche

Vierzimmerwohnung in Dresden

gegen kleinere oder größere in Posen. Angebote unter **4479** an die Geschäftsstelle d. Bl.

3—4 Zimmer-Wohnung, eventl. mit Möbelübernahme, zu mieten ges. Vermittler nicht ausgeschlossen. Preis n. Vereinbarung. Ang. u. Nr. **50,63** an Annoncenbüro **„Par“,** ul. Fr. Ratajczaka 8. (404

Wohnungstausch!

Tausche eine Wohnung, Stube, Kammer und Küche in Berlin gegen ebensolche in Poznań. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des „Pos. Tagebl.“ [4481

Wohnungstausch Berlin-Posen.

Ein großes Zimmer mit Berliner Fenster, Küche, Entree von sofort zu tauschen.

Fr. Grandke, Berlin S. 42,

[illegible]enstraße 9. (4497

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 14. Dezember.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung wurde gegen 6¾ Uhr vom Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski mit der Verlesung verschiedener Zuschriften eröffnet. Ein Antrag des Starostwo Grodzkie betraf die Geschäftszeit vor den Feiertagen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß die Geschäfte am Sonntag, dem 17. Dezember, von 1 bis 6 Uhr nachmittags und in der Zeit vom 18. bis 23. Dezember bis 7 Uhr abends geöffnet sein dürfen. — Dann verdient die Antwort der Post- und Telegraphendirektion auf die seinerzeit vom Stadtv. Pluciński gemachten Vorwürfe hinsichtlich der Mängel im Fernsprechwesen erwähnt zu werden. Die Antwort weist jede Schuld der Beamtenschaft zurück. Um andererseits der gesteigerten Inanspruchnahme des Fernsprechers zu bestimmten Tagesstunden gerecht zu werden, trägt sich die Direktion mit bestimmten Plänen, die sie jedoch zurzeit aus finanziellen Gründen nicht durchführen kann.

Als erster wichtiger Punkt der Tagesordnung kam die 50prozentige Weihnachtszulage an die städtischen Beamten, kontraktlich Angestellten und Hilfskräfte zur Sprache. Die Zulage wurde ohne Widerspruch bewilligt.

Stadtv. Kierski sprach dann über die Einführung einer

Mietssteuer für Hotels, Pensionate, Gastwirtschaften usw.

Das entsprechende Statut gelangte zur Annahme.

Stadtv. Seydlitz ergriff darauf das Wort zur

neuen städtischen Vergnügungssteuer.

Da die Sätze der bisherigen Steuer sehr niedrig seien und die alte Satzung keine genügenden Kontrollvorschriften enthält, ist eine neue Satzung ausgearbeitet worden, die den neuen Verhältnissen angepaßt ist. Von den Neuerungen, auf die der Berichterstatter zuerst zu sprechen akm, bevor er die Satzung verlas, sei die Silvestersteuer erwähnt. Dem Magistrat steht das Recht zu, die Steuer zu ermäßigen oder ganz zu erlassen. In erster Linie kämen hierbei Wohltätigkeitsveranstaltungen in Betracht, ferner auch Vorlesungen. Einer rücksichtslosen Besteuerung unterliegen Tanzvergnügen. Die Satzung enthält eine ins einzelne gehende Klassifizierung der verschiedenen Vergnügungsarten. Die Steuer soll der Stadt 82 Millionen Mark einbringen.

Stadtv. Kierski schlug darauf einige Verbesserungen vor, die auf keinen Widerspruch stießen.

Einer der Verbesserungsvorschläge für § 8 hatte folgenden Wortlaut: Zum Orte der Zerstreuung dürfen nur diejenigen Personen zugelassen werden, die mit bereits abgestempelten Eintrittskarten versehen sind.

Stadtv. Kowalewski stellte dann den Antrag, daß bei wichtigen Gesetzen die Stadtverordneten vom Magistrat mit Abschriften der betreffenden Gesetze versehen werden müßten. Wenn bei einer längeren Satzung der letzte Paragraph verlesen sei, wüßten die Stadtverordneten nicht mehr, was der erste besagt habe. Der Stadtverordnete müsse doch über seine Tätigkeit Rechenschaft ablegen.

Stadtpräsident Ratajski weist darauf hin, daß durch eine Annahme des Antrages Kowalewski nicht unbedeutende Mehrausgaben verursacht würden. Die Stadtverordneten hätten doch das Recht, an den Ausschußsitzungen teilzunehmen.

Bei der Abstimmung wird jedoch der Antrag Kowalewski angenommen.

(Dasselbe, was hier bezüglich der Abschriften für die Stadtverordneten gilt, müßte auch auf die Pressevertreter Anwendung finden, wie es in deutscher Zeit immer der Fall war.)

Die

neuen Kurkosten im Stadtkrankenhause,

die dann zur Sprache kamen, gestalten sich nach dem Bericht des Stadtv. Dr. Stark folgendermaßen:

	Einheimische Erwachsene	Einheimische Kinder	Auswärtige Erw.	Auswärtige Kinder
in der 1. Klasse	8500	7500	10 000	8000
in der 2. Klasse	6000	5000	7 000	6000
in der 3. Klasse	4000	3000	5 000	4000
von Kranken der Landesversich.	4000	3000	—	—
von Kranken der Allg. Krankenkasse für die Stadt Posen . .	2000	1500	—	—
von Kranken anderer Krankenkassen und Behörden . . .	5000	4000	—	—
von Kranken d. Armendeputation	4000	3000	—	—
von Geisteskranken	4000	3000	5 500	4500

über eine

Erhöhung der Arbeiterlöhne der städtischen Werke

sprach darauf der Stadtv. Sieradzki. Die neuen Löhne sind folgende: 1. a) Handwerker bis zu 2 Jahren nach dem Auslernen 547 M., b) vom 2. bis 4. Jahr nach dem Auslernen 645 M., c) zu b wenn verheiratet 772 M., d) Handwerker bei mehr als 4 Jahren nach dem Auslernen 772 M.; 2. a) für gelernte Arbeiter 645 M., b) für ungelernte Arbeiter von 16 bis 18 Jahren 273 M., c) für ungelernte Arbeiter von 18 bis 21 Jahren 409 M., d) für unverheiratete ungelernte Arbeiter von mehr 21 Jahren 597 M., e) für verheiratete ungelernte Arbeiter von mehr als 21 Jahren 609 M.; 3. a) für Arbeiterinnen, Witwen, die Kinder haben, 413 M., b) für andere Arbeiterinnen über 21 Jahren 332 M., c) für andere Arbeiterinnen von 18 bis 20 Jahren 232 M., d) für andere Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren 180 M.; 4. Wächter mit voller Arbeitskraft erhalten wöchentlich 28 094 M. Die Löhne verstehen sich mit Ausnahme des Wächterlohnes für je eine Stunde. Die Vorlage wurde ohne Aussprache angenommen.

Dem Beispiele der Bank Handlowy folgend, hat auch die Bank Przemysłowców den Beschluß gefaßt, der Stadt ihren am Oberschlesischen Turm gelegenen Ausstellungspavillon abzutreten. Der Kaufpreis beträgt 13 900 000 M. Dem vom Magistrat und dem Finanzausschuß angenommenen Angebot stimmte die Versammlung zu.

Nach Bewilligung einiger Titelverstärkungen wurde zum Schluß über die

Wahl eines unbesoldeten Stadtrats

beraten, die eine längere Aussprache auslöste. Kandidaten waren Dr. Głowacki und H. Tomas. Die vom Stadtverordnetenvorsteher angeordnete Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Von den 35 abgegebenen Stimmen fielen 18 auf Dr. Głowacki und 17 auf H. Tomas. Dr. Głowacki war somit gewählt.

Gegen 8 Uhr hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

Ablösung der deutschen Hypotheken.

Polnischen Blättern zufolge ist die Frage der Ablösung deutscher Hypotheken, die auf Grundstücken im ehemals preußischen Teilgebiet lasten, jetzt geklärt. Schriftliche Anträge auf Genehmigung zur Ablösung sind an das Posener Liquidationsamt (Pozn. Urząd Likwidacyjny) zu richten. Auf Grund der von dieser Stelle erteilten Genehmigung erfolgt die Genehmigung der Delegierten des Finanzministeriums zur Überweisung von Geld nach Deutschland. Diese Delegierten haben ihren Amtssitz in Posen für die Wojewodschaft Posen und in Bromberg für die Wojewodschaft Pommerellen. Ist die Hypothek noch nicht fällig, so ist zuvor das Einverständnis des Gläubigers beizubringen, daß er den Betrag entgegennimmt. Die Rückzahlungen werden in deutscher Valuta bewirkt, sofern der Zahlungsort im deutschen Gebiet gelegen ist. Die Stempelgebühr des Antrags beträgt 200 M., außerdem ist ein Stempel in gleicher Höhe für die Bescheinigung beizufügen, sowie 50 M. für jede Anlage.

✕ **Die Geschäftszeit vor Weihnachten.** Das Starostwo Grodzkie bittet uns, folgendes mitzuteilen: Mit Rücksicht darauf, daß der Heilige Abend in diesem Jahre auf Sonntag, den 24. Dezember, fällt, gilt als letzter Sonntag vor den Feiertagen, an dem die Läden von 1—6 Uhr nachmittags geöffnet sein dürfen, der 17. Dezember. Am Sonntag, dem 24. Dezember, müssen die Läden unbedingt geschlossen bleiben. — In der letzten Woche vor den Feiertagen, und zwar vom 18. bis 23. d. Mts., dürfen die Läden ausnahmsweise bis 7 Uhr abends geöffnet bleiben, jedoch unter dem Vorbehalt, daß sie gemäß Art. 11 des Ges. vom 18. Dez. 1919 über die Arbeitszeit in Handel und Gewerbe in dieser Woche anstatt um 8 Uhr, erst um 9 Uhr früh geöffnet werden dürfen.

Die erste Aufführung von Humperdincks „Hänsel und Gretel" im Großen Theater, die am Sonnabend dieser Woche stattfinden sollte, ist verschoben. Am Sonnabend wird Halévys „Jüdin" mit Frau Janowska in der Titelrolle wiederholt.

Erhöhung der Fernsprechgebühren. Gemäß ministerieller Verfügung werden die Fernsprechgebühren vom 15. d. Mts. ab wie folgt berechnet: Die Gebühren für Errichtung neuer Fernsprechstellen sowie für Ferngespräche werden um 100 v. H. erhöht. Das billigste Ferngespräch von 3 Minuten kostet 400 M. Eilgespräche werden dreifach berechnet. Die Abonnementsgebühren werden vom 1. Januar 1923 ab erhöht. Kündigungen werden nur bis zwei Wochen vor Neujahr berücksichtigt.

✕ **Die Beleuchtungspflicht der Fuhrwerke,** auf die wir in letzter Zeit wiederholt aufmerksam gemacht haben, wird, wie die tägliche Beobachtung lehrt, von vielen Fuhrwerksbesitzern einfach nicht anerkannt. Ganz besonders gilt das von den Radfahrern, die morgens wie abends trotz undurchdringlicher Dunkelheit durch die Straßen fahren und den Verkehr gefährden. Neuerdings benutzen diese Herrschaften sogar in der Dunkelheit mit ihren unbeleuchteten Fahrrädern die Bürgersteige, die doch, was ebenfalls von vielen Seiten nicht anerkannt wird, ausschließlich von Fußgängern benutzt werden dürfen. Gegen solchen groben Unfug müßte ganz energisch eingeschritten und jeder Benutzung eines unbeleuchteten Fahrrads zur Bestrafung aufgeschrieben werden.

Bankhäuser und Wechselstuben im ehemals preußischen Teilgebiet. Auf Grund einer Verordnung des Finanzministers, die am 24. v. Mts. in Kraft trat (Dz. Ust. 101. Poz. 924), müssen Personen, die eine Genehmigung zur Eröffnung und Führung eines Bankhauses oder eines Wechselkontors im Gebiet der Wojewodschaft Posen und Pommerellen zu erhalten wünschen, ein Gesuch an das Finanzministerium richten. Gleichfalls ein Gesuch einzureichen haben, und zwar bis zum 24. Dezember d. J. alle im früheren preußischen Teilgebiet (mit Ausnahme Oberschlesiens) bereits bestehenden Bankhäuser und Wechselkontore, da sie ohne die Erlangung der Bestätigung der bisherigen Konzession weiterhin nicht gesetzlich bestehen können.

✕ **Das elektrische Licht** läßt seit einigen Tagen in einem Teile der Stadt (Altstadt) wieder recht viel zu wünschen übrig, indem es entweder überhaupt nicht leuchtet oder Kraft gibt, oder doch in beiden Beziehungen erheblich beschränkt ist. Ein polnisches Blatt aus der Aleje Marcinkowskiego (fr. Wilhelmstr.) konnte gestern infolge Versagens der elektrischen Kraft überhaupt nicht erscheinen, hat aber über die Ursache der Betriebsstörung im Elektrizitätswerk, wie es in einer Sonderausgabe mitteilt, keine Auskunft erhalten können.

Aufnahme des Geflügelgüterverkehrs nach Polnisch-Oberschlesien. Seit dem 10. d. Mts. ist der Güterverkehr nach Polnisch-Oberschlesien über Kempen—Kreuzburg auch auf Geflügelsendungen, sowohl Eil- als auch gewöhnliche Sendungen, eröffnet worden. Zur Beschleunigung der Beförderung sind besondere Geflügelwagen eingeführt worden, die direkt zwischen der Kattowitzer und der Posener Eisenbahndirektion verkehren. Die Beförderung ist so festgelegt worden, daß Eilsendungen in 2 bis 3 Tagen, gewöhnliche Sendungen in 3—4 Tagen am Bestimmungsort sind. Schwierigkeiten bei der Zollabfertigung bestehen nicht. Besondere Ausfuhrgenehmigungen sind ebenfalls nicht erforderlich. Die Beförderung auf der erwähnten Strecke ist nicht so langwierig wie auf der Strecke Skalmierzyce—Sosnowice. Auf dem Frachtbriefe muß der Weg über Kempen angegeben sein.

✕ **Kinokunst.** Im Teatr Pałacowy wird gegenwärtig bis einschl. Sonntag, 17. d. Mts., ein spannendes 6aktiges Drama „Die Intrigantin" mit Mia Mara in der Hauptrolle bei stets ausgezeichnetem Besuch vorgeführt. Das Drama behandelt in packender Durchführung das Schicksal einer Schauspielerin.

Brandbericht. In der Stempniewiczschen Parfümeriefabrik (früherem Feldschlößchen) an der Glogauer Straße 55 war gestern abend ein Brand ausgebrochen, dessen Löschung die Tätigkeit der Feuerwehr eine Stunde lang in Anspruch nahm.

Gefundene Gegenstände. Im November sind beim Starostwo Grodzkie als gefunden gemeldet worden: 10 neue Hufeisen, eine schwarze Damenhandtasche mit 120 poln. M. Inhalt, ein Armband aus weißen Kugeln, 1200 p. M., eine goldene Damenuhr mit Armband, ein Paket gebrannter Kaffee, ein Schlüsselring mit 11 Schlüsseln, ein Portemonnaie mit 350 p. M. Inhalt, ein schwarzer Damenschirm mit weißem Griff, ein Schlüssel auf schwarzer Schnur, Binocle in weißer Umrahmung, 5 Schlüssel auf einer Schnur, 48 000 p. M., ein goldener Ring, eine schwarzbraune Boa, ein goldener Ring, ein silbernes Armband, 2 Schlüssel auf Draht, eine Offiziersmütze, 4000 polnische M., gelbe lederne Aktentasche, Brieftasche mit 8 polnischen Pässen, auf den Namen Mroczkowski, Damenhandtasche mit Taschentuch usw. und Postkarten auf den Namen Węclawska, Herrenhut (graubraun), Kinderhandtasche mit Gebetbuch usw., 200 poln. M., zwei Schlüssel mit einem Riemen mit einem Kupferschildchen, und der Nr. 297, ein Kreuzchen (Doublee) mit Kette, 4205 poln. M., ein Offizierssäbel, ein Scheck auf 10 000 Franken, eine Brieftasche mit 4041 poln. M. und 50 M. deutsch, 1 Wachstuchbrieftasche mit 5100 poln. M. Inhalt, ein Kahn, Schlüsselring mit 2 Schlüsseln, eine

Musik und Theater.

Zu einer erfreulichen Bekanntschaft verhalf dem Posener Publikum das Konzertbureau Nowomiejski durch die Veranstaltung eines Konzertes des Geigers Johann Nilsson. Man lernte am Sonnabend (im Evangelischen Vereinshaus) in diesem Dänen einen ernsten, aus der Tiefe schöpfenden Musiker und einen technisch ausgezeichnet ausgerüsteten Violinisten kennen. Der Anfang seines Konzertes war nicht allzu günstig. Die ersten Takte der F-dur-Sonate von Mozart klangen merkwürdig verwischt, und wie hier so war auch später zuweilen, besonders im Forte, sein Ton von Nebengeräuschen nicht ganz frei. Aber solche vorübergehenden Trübungen wurden vergessen, wenn Herr Nilsson mit Hilfe seines ungewöhnlich abstufungsreichen pianos — das frei ist von jeder „Parfümiertheit" — die musikalischen Gedanken der vorgetragenen Werke, bis in die feinsten Verästelungen hinein schattierend, warm und lebendig sprechen ließ. Die Vorzüge seines Spiels kamen vor allen Dingen Corelli (La Folie) zugute und Bach, dessen Chaconne zugleich auch die technische Meisterschaft des Geigers und die Klarheit seines mehrgriffigen und polyphonen Spiels in helles Licht rückte. Den Beschluß bildete Brahms' D-dur-Konzert, dessen Vortrag sich den vorhergegangenen Leistungen des Konzertgebers ebenbürtig anschloß, aber natürlich durch das Fehlen des begleitenden Orchesters etwas beeinträchtigt wurde. Herr Nilsson, der von Herrn Prof. Raczkowski am Klavier feinfühlig begleitet wurde, erntete starken Beifall und erfreute seine begeisterten Zuhörer durch eine ganze Reihe von Zugaben.

*

„Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt das Wort zu rechter Zeit sich ein." . . .

Nein, Herr von Goethe, — Sie haben den Malerdichter Kokoschka und seinen Einakter „Mörder Hoffnung der Frauen" nicht gekannt. Schreiben Sie, Herr von Goethe: „Wo Begriffe fehlen, da stellt sich das Weglassen der Interpunktion ein, und die Fackel, und der von mißtönendem Gesang begleitete Durchmarsch der Acteurs durch den Saal, und der rote Vorhang, und ein Schwall von Worten, die offenbar einen andern Zweck haben als den, etwas auszudrücken (welchen Zweck sie haben, ist unbekannt), und der hysterische Aufschrei und die anmaßende und sowohl die Kunst als auch den Zuschauer beleidigende Einbildung oder . . . Vortäuschung, daß alles dieses irgend etwas mit der Kunst zu tun hat."

Nein, Herrn Kokoschkas Einakter, mit dem die „Wanderspielgemeinde" am Mittwoch abend einer zum Glück nur sehr spärlichen Zuhörerschaft die Zeit wegstahl, hat mit der Kunst nichts zu tun. Worte sind dazu da, daß sie verstanden werden, und wer sie so verwendet, wie Herr Kokoschka es tut, der versündigt sich an der Heiligkeit der Sprache. Wozu dann überhaupt noch sprechen? Nehmt doch das, worauf ihr so stolz seid: die Fackel, den roten Vorhang, die Gebärde, das malerische Gewand, die „ausdrucksvolle" Stellung. Was bleibt übrig? Das lebende Bild, die Pantomime, der Film und der . . . Kitsch. Da steht es, und da soll es auch stehen bleiben. Ein Kitsch, der sich „expressionistisch" und „stilvoll" und „symbolisch" und Gott weiß wie sonst noch nennt. Und trotzalledem ein echter und richtiger Kitsch. Und dabei ein häßlicher, roher und brutaler Kitsch.

Es ist bezeichnend, daß gerade ein „Malerdichter" der Verfasser dieses „expressionistischen" Kitsches ist. In keiner andern Kunst geht die Anmaßung des ästhetischen Subjektivismus so weit wie in der Malerei („Ich sehe das so."), und diese Anmaßung hat das Publikum schon so gut gezogen, daß die weitaus Meisten dem, der die Dinge „so" sieht, mit kolossalem Respekt gegenüberstehen — selbst wenn dieser Seher der einfältigste Tropf ist — und höchstens ängstlich zu sagen wagen: „Hier kann ich nicht mit" (sehr beliebte Wendung in solchen Fällen), statt, wie es richtig wäre, zu sagen: „Was geht mich das an, daß du das so siehst, und wozu sollen wir andern das besehen, da wir es ja nicht so sehen?" (Vorausgesetzt, daß du wirklich „so" siehst oder wenigstens zu sehen glaubst und nicht einfach, auf die Gutgläubigkeit des dummen Publikums spekulierend, plumpen Schwindel treibst, was auch vorkommen soll.) Solche „Dichtungen" wie Herrn Kokoschkas Einakter mit dem widerwärtigen und sinnlosen Titel bedeuten eine Übertragung dieses in der Malerei durch die Schuld des Publikums schon geheiligten „Kunstprinzips" auf die Wortkunst. Was tut man dagegen? Selbsthilfe! Abwehr! Absolute Ablehnung! Glaubt doch nicht, daß irgend etwas dahinter steckt und laßt euch vor allen Dingen nicht einreden, daß diese „Kunst" einen Fortschritt bedeute. Ein Rückschritt ist das, ein Rückfall, ein Verbrechen am Geiste. Denkt an die qualvolle halbe Stunde am Mittwoch abend, in der einem beim Anhören alles dessen, was da auf der Bühne gesprochen und geschrien wurde, das Gehirn immer leerer und leerer wurde, erinnert euch, wie froh wir alle waren, als diese Qual endlich ein Ende nahm, und lehnt solche expressionistisch-symbolisch-allegorische Stilkunst höflichst dankend aber unzweideutig ab. Mag sie in dem kleinen Kreis derer gepflegt werden, die an sie glauben. Die Öffentlichkeit kann mit ihr nichts zu tun haben.

Vor dem Werke Kokoschkas wurde das einaktige Schauspiel „Claudius" von Georg Kaiser gegeben — eine dramatische Belanglosigkeit, die aber von Mitgliedern der Wanderspielgemeinde wirklich gut gesprochen und gespielt wurde und in der besonders die von dieser Vereinigung immer stark in den Vordergrund gerückte Kunst der Bildhaftigkeit der Bühnenvorgänge zu starker und schöner Wirkung kam.

ek.

Bunte Zeitung.

○ **Eine Notenschreibmaschine.** Der italienische Professor Fortoni hat eine Schreibmaschine konstruiert, mit der man in derselben Weise Noten schreiben kann, wie man mit den gegenwärtigen in Gebrauch befindlichen Schreibmaschinen Buchstabenschrift herstellt. Die Maschine ist äußerlich genau so gebaut wie die bisher üblichen Schreibmaschinen. Die Schreibfläche ist aber erheblich breiter, da statt einer Zeile ja verschiedene Notenreihen übereinander herlaufen. Die Maschine ist sehr viel verwickelter als die Schreibmaschine. Sie hat allein 40 verschiedene Hebel, durch die man die Maschine verschieden einstellen kann. Die Schrift erfolgt in der Weise, daß zunächst der Notenkopf geschrieben wird. Alle übrigen Notenzeichen, wie Notenstile, Häkchen, Pausen usw. werden dann nachträglich angefügt. Nach langen Versuchen ist die Konstruktion jetzt so weit, daß sie vollständig gebrauchsfähig ist.

○ **Drahtlose Stationen auf Grönland.** Der dänische Ingenieur Bretting teilte bei seiner Rückkehr von einer Expedition nach Grönland mit, eine Untersuchung im Auftrag der Regierung habe ergeben, daß keine technischen Bedenken gegen die Errichtung von drahtlosen Stationen auf Grönland bestehen. Daugard Jensen, der Direktor des Departements für Grönland, teilte mit, daß die dänische Regierung vier Stationen, drei an der Westküste und eine an der Ostküste, aufzustellen beabsichtige.

○ **Eine Reiseluftschiff mit Badeeinrichtung.** Das größte starre Luftschiff der Welt, soll jetzt von der Airship-Manufacturing Company of America in Neuyork gebaut werden. Es soll den Luxus-Luftverkehr zwischen Neuyork und anderen amerikanischen Hauptstädten versehen. Das Riesenluftschiff soll aus Federgewichtsmetall gebaut und soll einen Inhalt von 7 000 000 Kubikfuß Glas aufweisen. Es wird mit separaten Schlafräumen und einer Einrichtung versehen sein, die es gestattet, während der Fahrt kalte Bäder zu nehmen. Die Maschinen werden Tausende von Pferdekräften entwickeln und werden das Luftschiff mit 80 Meilen pro Stunde durch die Luft jagen.

○ **Massenheiraten englischer Lehrerinnen.** Die Schulbehörde in England geht mit der Absicht um, den Lehrerinnen das Heiraten zu verbieten. Infolgedessen haben sich die Eheschließungen junger Lehrerinnen in letzter Zeit unverhältnismäßig gemehrt, weil sie glauben, daß die Verordnung keine rückwirkende Kraft erhalten werde. Zurzeit gibt es nicht weniger als 3800 verheiratete Lehrerinnen an den städtischen Schulen in London.

Police der Versicherungsgesellschaft „Polonja“ auf den Namen Jan Fengler, ein Lehrbuch der englischen Sprache, ein altes Fahrrad.

Einen Liszt-Abend gibt am kommenden Montag dem 18. Dezember, der Pianist Egon Petri, der hier in Posen von seinem früheren Auftreten her schon bekannt ist. Das Konzert findet abends 8 Uhr im großen Saal des Evangelischen Vereinshauses statt. Kartenvorverkauf in der Zigarrenhandlung W. Górski (Hotel Monopol).

X Diebstähle. Aus einem Bureau am Stary Rynek 78 (fr. Alter Markt) ist eine Schreibmaschine Marke „Continental“ (Nr. unbekannt) im Werte von einer Million Mark gestohlen worden. Aus einem Korridor des Hauses Górna Wilda 42 (fr. Kronprinzenstraße) wurde eine Singer-Nähmaschine im Werte von 200 000 M. gestohlen. Zwei gleichartige Schaufensterdiebstähle wurden gestern in verschiedenen Stadtteilen verübt. Nach Einschlagen der Schaufensterscheibe wurden aus einem Geschäft in der ul. Nowa 3 (fr. Neue Straße) 24 Meter Leinwand, 20 Meter Nessel und 68 Meter Inlett und ebenfalls nach Zertrümmerung der Schaufensterscheibe aus einem Geschäft in der ul. Stszyca 25 (fr. Moltkestraße) 37½ Meter Voilestoff, 20 Meter Handtücherstoff, zwei Stück Schürzenstoff zu je 25 Metern, 20 Meter blauer Nessel im Gesamtwerte von 311 000 M. gestohlen. Endlich wurden noch aus einer Bude in der ul. Zwierzyniecka 29 (fr. Tiergartenstraße) fünf Eisensägen, 40 Feilen, 10 Kilogramm Messing, 5 Kilogramm Messingdraht und 5 Messingplatten im Werte von einer Million Mark gestohlen.

* **Bromberg, 12. Dezember.** Eine zweite Verteilung städtischen Zuckers zum Preise von 600 Mark das Pfund hat begonnen und dauert bis zum 21. Dezember. Anrecht darauf mit je einem Pfund die Person haben diejenigen Haushaltungen, die sich aus Anlaß der ersten Zuckerverteilung in die Kundenliste eines Kaufmanns haben eintragen lassen. (In anderen Städten beispielsweise Posen kennt man derartig „billigen“ Zucker für die Bevölkerung nicht mehr; hier muß man 900 Mark für das Pfund bezahlen! — Schriftleitung des „Pos. Tagebl.“)

* **Culm.** 13. Dezember. Das Liquidationsamt hat, wie der „Dz. Gdański“ meldet, die zwangsweise Liquidierung des Eigentums der Aktiengesellschaft Höcherlbräu bestimmt, also die Brauerei in Culm und weitere unbewegliche Güter der Gesellschaft in Konitz, Thorn, Inowrocław und Culmsee.

* **Culmsee, 11. Dezember.** Hier geriet am Montag nachmittag der 15jährige Jan Chojecki beim Rodeln am Ufer des Sees auf dessen Eisdecke und brach etwa in zehn Meter Entfernung vom Ufer ein. Drei jüngere Knaben, die mit ihm waren, versuchten ihn mit einem Strick zu retten. Dieser war aber zu kurz, und nach etwa einer halben Stunde versank Ch. in den Fluten, ohne daß die Jungen andere Hilfe herbeigeholt hatten. Nach zweistündigem Suchen gelang es, die Leiche zu bergen.

* **Dirschau, 12. Dezember.** Zur Beschaffung von billigerem Brot für die Armen haben Vertreter der Behörden, Innungen und Verbände der polnischen und deutschen landwirtschaftlichen Produzenten, wie die Starostei mitteilt, in einer Versammlung beschlossen, es sollen die Landwirte, die 5 und mehr Morgen besitzen, gebeten werden, zu ermäßigtem Preise je zwei Pfund Roggen vom Morgen von ihrem ganzen Besitztume abzugeben. Zur Bezahlung werden bei der Kreiskommunalkasse in Dirschau monatlich zum mindesten einzahlen: der Magistrat zu Dirschau je 400 000 M., die Gemeinde Pelplin je 150 000 M., die bei den wohlhabenderen Bürgern nach einer von Spezialkommissionen aufgestellten Norm gesammelt ewrden sollen.

* **Lautenburg.** 13. Dezember. Die Behörden haben verordnet, daß die deutsche Apotheke des Herrn Gerstel liquidiert wird. Es erfolgt der zwangsweise Verkauf des Grundstücks.

* **Santomischel** 12. Dezember. Die „Deutsche Rundschau“ berichtet: Dem praktischen Arzt Dr. Dekkert in Santomischel wurde von der polnischen Behörde das Verbot erteilt, weiter die ärztliche Praxis auszuüben, da er nicht polnischer Staatsbürger sein soll.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau,** 10. Dezember. Die hiesigen Blätter melden, daß der Warschauer Magistrat einen Entwurf über eine neue Verzehrsteuer ausgearbeitet habe. Vor allem sollen hiervon die Besucher der vornehmsten Restaurants betroffen werden. Mit den höchsten Steuern sollen diejenigen Gasthäuser belegt werden, die bis in die Nacht hinein geöffnet sind.

* **Danzig, 12. Dezember.** Auf einem Hofe des Zentralgefängnisses wurde der Heizer Otto Bernhard Radtke aus Praust durch den Scharfrichter Schaebse aus Breslau hingerichtet. Radtke hatte in der Nacht zum 24. Mai den Landwirt Joseph Ostrowski, einen polnischen Rückwanderer, unter dem Vorgeben, ihn heimlich über die Grenze nach Polen zu bringen, in die Gegend von Straschin gelockt, dort erschossen und beraubt. Dabei fielen Radtke 1200 Dollar und die goldene Uhr Ostrowskis in die Hände. Radtke war dann nach Deutschland entflohen und hatte sich in Berlin durch größere Geldausgaben verdächtig gemacht, worauf seine Verhaftung erfolgte. Das Schwurgericht verurteilte Radtke am 16. Oktober zum Tode. Ebenso wie bei der Verkündung des Todesurteils trug der Verurteilte auch bei seinem letzten Gang ein dreistes Wesen zur Schau. Dem Richter, der ihm die Bestätigung des Todesurteils bekanntgab, rief er ein ungezogenes Wort zu.

Aus dem Gerichtssaale.

* Elbing, 11. Dezember. **Wie die neuen Reichen leben.** Der 27jährige Kaufmann Ernst Häußler von hier war am 5. Oktober vom Schöffengericht wegen vorsätzlicher, gefährlicher Körperverletzung zu 20000 Mark Geldstrafe bzw. zu 200 Tagen Gefängnis und wegen Übertretung des § 366, Absatz 7 (Werfen mit harten Körpern auf Menschen) zu 1000 M. oder ersatzweise zu 10 Tagen Haft verurteilt worden. Gegen dieses Urteil legte sowohl H. als auch die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Die 2. Strafkammer in Elbing hob den Spruch der ersten Instanz auf und erkannte gegen Häußler auf 30000 Mark für die Mißhandlung, während es bei den 1000 Mark verblieb. Der Anklagevertreter hatte gegen H. zwei Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe beantragt. Am Abend des 14. Juli 1922 befand sich H., der infolge eines glänzenden Geschäftes in sehr ausgelassener Stimmung war, im Hotel Rauch. In übermütiger Sektlaune zerschmetterte er auf dem Fußboden zwei Weingläser. Dann suchte er sich einen Ableiter für seine gute Laune unter den Gästen. Er ergriff ein Likörglas und warf es mit Wucht nach einem Gast, der an der Stirn getroffen wurde und stark blutete. Der verletzte Gast war dem H. vollständig unbekannt. Weiter warf H. noch einen auf seinem Tisch stehenden Kartenständer nach dem genannten Gast.

Sport und Jagd.

V **Battling Siki und Carpentier.** Die Angelegenheit des schwarzen Boxers Siki hat jetzt auch die französische Deputiertenkammer beschäftigt. Ein Landsmann Sikis, der Deputierte Diagne, hat für den Senegalesen Partei ergriffen und in der Kammer Beschwerde darüber geführt, daß der schwarze Boxer, der bekanntlich kurze Zeit nach dem Kampf mit Carpentier, den er besiegte, während eines Boxabends als Sekundant den Sekundanten des siegreichen Gegners angegriffen habe, vier Monate von der höchsten französischen Boxbehörde disqualifiziert worden ist. Das sei zu Unrecht geschehen. Der Boxkampf mit Carpentier sei übrigens „arrangiert“ gewesen. Nach den Abmachungen, die vierzehn Tage vor dem Zusammentreffen festgelegt wurden, sollte Carpentier gewinnen. Während des Kampfes, den Siki nur aus wirtschaftlichen Gründen eingegangen sei, seien ihm aber Bedenken gekommen, und er habe sich dazu entschlossen, den Kampf zu seinen Gunsten zu beenden. Das geschah denn auch, zur Überraschung Carpentiers. Die Angelegenheit soll nun neu untersucht werden. Der Landsmann Battling Sikis hat diesem mit seiner „Enthüllung“ keinen Dienst erwiesen. Sie belastet Carpentier, entlastet aber nicht Battling Siki, dem übrigens reichlich spät Bedenken kamen. Seine Disqualifikation hat mit dem Kampf gegen Carpentier nichts zu tun. Man muß nun abwarten, ob eine solche Abmachung, die an die übelsten Ringkämpfer-Machenschaften erinnert und die, wenn sie wahr ist, den Boxsport sehr schädigen würde, in der Tat getroffen wurde.

V **Der englische Fußball-Ligaverein Everton hat kürzlich für** die Ablösung eines erstklassigen Spielers eines anderen Klubs 4000 Pfund bezahlt. Der Spieler bewährte sich übrigens nicht und mußte bald aus der ersten Mannschaft herausgenommen werden, um als Ersatzmann in Reserve zu bleiben.

V **Boxkampf Hans Wagener—Giuseppe Spalla.** Der Boxkampf im Berliner Sportpalast zwischen dem Duisburger Wagener und dem Italiener nahm einen unerwarteten Ausgang. Ein schneller Sieg von Wagener scheiterte an der ausgezeichneten Verteidigung und Beweglichkeit des Italieners. Er empfing wohl in den ersten Runden einige Treffer, sie trafen aber nicht den Punkt. Schon in der vierten Runde merkte man, daß Wagener nicht über allzuviel Stehvermögen verfügt. In der fünften Runde wurde Wagener wegen Schlagens mit der Handkante mehrere Male verwarnt und, da er sich durch die Verwarnungen von diesem Schlage nicht abbringen ließ, kurzerhand von dem Schiedsrichter disqualifiziert, eine Entscheidung, die einen Skandal hervorrief, wie er in der Geschichte des deutschen Boxsports vereinzelt dasteht. Wohl eine Viertelstunde lang hielt das ohrenbetäubende Pfeifen und Johlen an. Erst nach der zweiten Runde des Kampfs R. Naujoks—Hönscherle, der in der vierten Runde durch Knockout zugunsten von Naujoks entschieden wurde, legte sich die Erregung des Publikums.

Neues vom Tage.

§ **Absturz eines Künstler-Ehepaares.** Bei einer Skitour an der Brecher-Spitze ist der Münchener Kunstmaler Forchhammer mit seiner Frau tödlich abgestürzt. Die Leichen der beiden Touristen wurden geborgen.

§ **Eigenartige Verlobung.** Nach Thüringer Blättermeldungen steht die 19jährige Prinzessin Marie Rose zu Hohenlohe-Wartenstein, die Tochter der verwitweten Fürstin Anna, einer geborenen Erzherzogin von Österreich und Toscana, im Begriff, sich mit dem Hauptlehrer Waldemeier in Wartenstein zu verloben.

§ **Ein Nachkomme Götzens von Berlichingen.** In Heidelberg starb Graf Götz von Berlichingen aus Helmstadt. Er war ein direkter Nachkomme des Ritters Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand.

§ **Neuer Schnelligkeitsrekord: in 5¼ Tagen von Amerika nach Europa.** Der 56 000 Tonnen große frühere Hapagdampfer „Bismarck“, der jetzt unter dem Namen „Majestic“ der White Star Line gehört, hat einen neuen transatlantischen Schnelligkeitsrekord aufgestellt; er legte die Reise zwischen Newyork und Cherbourg in 5 Tagen 6 Stunden und 13 Minuten zurück.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolg nur ausnahmsweise und wenn im Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

W. D. Nr. 9. 1. Das kommt ganz darauf an, ob Sie polnische Staatsbürger deutscher Nationalität oder Reichsdeutsche sind; im ersteren Falle nein, im zweiten ja. 2. Ja. 3. Uns ist eine derartige Adresse nicht bekannt. 4 Ob das geschehen „kann“ oder nicht, darauf kommt es nicht an, sondern vielmehr darauf, daß es geschieht, und das ist leider sehr wahrscheinlich.

A. W. Dieses Recht steht nur Ihrem Jagdwächter zu.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börsenbericht

vom 13. Dezember.

Diskonto-Komm.-Anleihe	3500.—	Polnische Noten	45 50
Danz. Priv.-Aktienbank	4700.—	Auszahlung Holland	3 2.0 —
Hartmann Masch.-Aktien	8 300.—	„ London	37 500 —
Phönix	22 500	„ Neuyork	8 087 50
Schuckert	10 600.—	„ Paris	571 —
Hapag	8 300.—	„ Schweiz	153 .—
3½ % Pos. Pfandbriefe	69.—	Ungarische Goldrente	14 .00.—
Auszahlung Warschau	45.—		

Danziger Mittagskurse vom 14. Dezember.

Polnische Mark in Danzig . . 42—24½

Dollar in Danzig . . . . 7750—7850

= **Aufhebung des Flachsmonopols in Litauen.** Mit der Aufhebung des Flachsexportmonopols in Litauen sind in letzter Zeit mehrere Gesellschaften unter Beteiligung von ersten Finanzisten des Landes gegründet worden. Die vor kurzem in Kowno gegründete Aktiengesellschaft „Linas“ (Flachs) hat bereits größere Aufträge von England, Belgien und Holland erhalten. Auch mit mehreren deutschen Importfirmen sollen diesbezügliche Verhandlungen schweben. — Nach der Einführung des Flachsexportmonopols hatte seiner Zeit die litauische Regierung mit einer englischen Firma einen Vertrag abgeschlossen, wonach die Firma sich verpflichtete, den angekauften Flachs in Kommission für die litauische Regierung zu verkaufen. Nachdem nunmehr das Flachsexportmonopol völlig aufgehoben worden ist, beabsichtigt die litauische Regierung, die mit der genannten Firma bis jetzt gepflogenen Geschäftsbeziehungen zu liquidieren. Demzufolge verfügt die litauische Regierung noch über eine Menge von 1500 Tonnen in Libau und 2000 Tonnen in England, die demnächst verkauft werden soll.

Hauptschriftleitung Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für den politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.